

Sitzung Nr. 1 vom 22. Januar 2008

Vorsitz	Boris Banga, Stadtpräsident
Anwesend	Alex Kaufmann Marianne Rossier Clivia Wullimann Daniel Trummer Alfred Kilchenmann (Ersatz) Hubert Bläsi Aldo Bigolin Andreas Schaad Christian Hetzel Marcel Boder Heinz Müller Thomas Marti Markus Böhi (Ersatz)
Entschuldigt	Urs Wirth Yvo von Büren Gabriela Rauber (Ersatz) Heinz Felber
Anwesend von Amtes wegen	Barbara Leibundgut, Leiterin AG Sek-I-Reform und Präsidentin Schulkommission Bettlach Finanzverwalter Rudolf De Toffol Rolf Glaus, Schulleitung Bezirksschule Grenchen-Bettlach Paul Hartmann, Präsident Fachkommission Roger Kurt, Vorsitzender GL Schulen Grenchen Stadtbaumeister Claude Barbey François Scheidegger, Stadtschreiber Anne-Catherine Schneeberger-Lutz (Protokoll)
Dauer der Sitzung	17.00 Uhr - 19.45 Uhr

TRAKTANDEN (2001 - 2016)

- | | | |
|----|------|--|
| 1 | | Protokoll der Sitzung Nr. 12 vom 20. November 2007 |
| 2 | 2001 | Zukünftige Organisation der Sek-I-Stufe Grenchen-Bettlach - Grundsatzentscheid |
| 3 | 2002 | Interpellation Fraktion SP: Beiträge an Vereine oder andere juristische Personen / Institutionen in den Bereichen Sport und Kultur |
| 4 | 2003 | Teilrevision des Steuerreglementes aufgrund der Teilrevision des Steuergesetzes per 1. Januar 2008 |
| 5 | 2004 | Ferienplan 2009/2010 |
| 6 | 2005 | Ausgewählte Statistiken aus verschiedenen Schulbereichen der Stadt Grenchen |
| 7 | 2006 | Bezirksschule: Sistierung einer Bezirksschulklasse auf das Schuljahr 2008/09 |
| 8 | 2007 | Kindergarten: Reduktion des Stellenetats um 2 Stellen, Sistierung zweier Kindergärten auf das Schuljahr 2008/09 |
| 9 | 2008 | Schweizer Heimatschutz: Verleihung des Wakkerpreises 2008 an die Stadt Grenchen |
| 10 | 2009 | Motion Fraktion SP: Sportstättenplanung: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 11 | 2010 | VERTRAULICH - NICHT VERÖFFENTLICHEN |
| 12 | 2011 | Integrationskommission: Genehmigung Pflichtenheft |
| 13 | 2012 | Pensionskassenkommission: Demission von Paul W. Brotschi, Ersatzwahlvorschlag der CVP (Marcel Hänzi, parteilos) |
| 14 | 2013 | Bezirksschule Grenchen-Bettlach, Anpassung des Vertrages mit der Einwohnergemeinde Bettlach, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Demission von Heinz Müller, Ersatzwahlvorschlag der SVP (Ursula Müller-Spahn) |
| 15 | 2014 | Bezirksschule Grenchen-Bettlach, Anpassung des Vertrages mit der Einwohnergemeinde Bettlach, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Wahlvorschlag der FdP (Reto Gasser) |
| 16 | 2015 | Postulat der SP-Fraktion: Überprüfung von Verträgen im Zusammenhang mit der Nutzung von Liegenschaften und Infrastruktur |
| 17 | 2016 | Mitteilungen und Verschiedenes |

Das Protokoll der Sitzung Nr. 12 vom 20. November 2007 wird genehmigt.

- 0 -

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2001

Zukünftige Organisation der Sek-I-Stufe Grenchen-Bettlach - Grundsatzentscheid

Vorlage: Arbeitsgruppe Zusammenarbeit Grenchen - Bettlach, Sek-I-Reform/02.01.2008

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Anhand von Schaubildern erläutert Barbara Leibundgut, Leiterin AG Sek-I-Reform und Präsidentin der Schulkommission Bettlach, die Vorlage. Der Kanton gibt vor, dass auf Beginn des Schuljahres 09/10 die Sek-I-Reform umgesetzt werden soll. Das heisst, dass voraussichtlich im nächsten Schuljahr zum letzten Mal eine 6. Klasse nach bisherigem Modell durchgeführt wird. Im Dezember 07 war allerdings der Zeitung zu entnehmen, dass die Umsetzung der Sek-I-Reform um ein Jahr hinausgeschoben werden soll. Das bedeutet, dass voraussichtlich ab dem Schuljahr 2014/15 erstmals alle Klassen nach der Sek-I-Reform geführt werden.
- 1.2. Die Gemeinderäte von Grenchen und Bettlach haben eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe für die Umsetzung der Sek-I-Reform in Grenchen und Bettlach eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag zu prüfen, wie die Umsetzung der Vorgaben des Kantons in den beiden Gemeinden Grenchen und Bettlach erfolgen soll.
- 1.3. Diese Arbeitsgruppe hat in einem ersten Schritt den Vertrag über die Führung der Bezirksschule an die neuen Reglemente der Geleiteten Schulen angepasst. Der neue Vertrag wurde im Juni 2007 von beiden Gemeindeversammlungen angenommen. Der bestehende Kooperationsvertrag (regelt die Zusammenarbeit im Bezug auf Schüler/innen-Austausch zwischen den beiden Gemeinden) hat nach wie vor Gültigkeit.
- 1.4. Nun geht es darum zu prüfen, in welcher Form die Zusammenarbeit zwischen Grenchen und Bettlach nach der Einführung der Sek-I-Reform aussehen soll. Die Arbeitsgruppe beauftragte die beiden Schulleiter, welche der Arbeitsgruppe beisitzen, die Schülerzahlen und die Anzahl Klassenzüge aufgrund der heute bekannten Zahlen zusammenzustellen (s. Beilagen). Ausserdem liess sich die Arbeitsgruppe durch einen Vertreter des Amtes für Gemeinden des Kantons Solothurn über verschiedene Modelle der Zusammenarbeit informieren. Zur Wahl stehen Zweckverband, Leitgemeindenmodell und Kooperationsvertrag (s. Beilagen).
- 1.5. Grenchen ist vom Kanton als Sek-P-Standort bestimmt. Die zu erwartenden Schülerzahlen haben ergeben, dass es möglich sein wird, in beiden Gemeinden je die Sek-E- und Sek-B-Klassen zu führen, auch unter der kantonalen Vorgabe, dass Sek-E- und Sek-B-Klassen am selben Standort und unter einem

Dach geführt werden müssen. Um die Schwankungen der Schülerzahlen auszugleichen ist eine weitere Zusammenarbeit der beiden Gemeinden unabdingbar.

- 1.6. Beim Bearbeiten der verschiedenen Planungsvarianten hat sich gezeigt, dass eine Zusammenarbeit notwendig ist. Unregelmässige Schülerzahlen können dadurch ausgeglichen und die Klassenführung optimiert werden. Um an beiden Standorten die gute Infrastruktur weiterhin optimal zu nutzen und um weitere Bauprojekte zu vermeiden, beantragt die Arbeitsgruppe, dass beide Gemeinden Sek-E- und Sek-B-Klassen führen sollen. Die voraussichtlichen Klassen- und Schülerzahlen nach der Umsetzung der Reform sind als Anhang an den Beschlussesentwurf aufgeführt. Daraus ist ersichtlich, dass weniger Klassen geführt werden müssen, wenn die beiden Gemeinden zusammenarbeiten.
- 1.6.1 Die Arbeitsgruppe listet die Vor- und Nachteile der möglichen Zusammenarbeitsformen auf, so dass die Gemeinderäte von Grenchen und Bettlach einen Grundsatzentscheid für die weitere Zusammenarbeit fällen können. Der Grundsatzentscheid ist für die weitere Arbeit unabdingbar.
- 1.6.2 Die Arbeitsgruppe diskutierte die Vor- und Nachteile der verschiedenen Organisationsformen intensiv. Dabei konnten sich die Mitglieder der AG nicht auf ein Modell einigen, haben doch sowohl Zweckverband und einfache Vertragslösung ihre Vorteile.
- 1.6.3 Das Leitgemeindenmodell wurde von allen Mitgliedern der AG als die schlechteste Lösung angesehen. Dieses Modell wird deshalb den Gemeinderäten klar zur Ablehnung empfohlen und wird nicht als Variante im Beschlussesentwurf aufgeführt.
- 1.6.4 Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Zweckverband zwar die kompliziertere, die aufwändigere und damit auch in der Erarbeitung die teuerste Organisationsform wäre. Bei der Organisation der Schulen Grenchen würde der Zweckverband verschiedene Änderungen bedingen. Durch den Vorstand und die Delegiertenversammlung würden aber die Entscheidungen von einem fachlich interessierten Gremium gefällt. Bei der Kooperationsvertragslösung liegen die Vorteile darin, dass beide Gemeinden eigenständige Standorte bleiben, die gesamte Oberstufe von Grenchen der Fachkommission unterstellt werden kann und ein unbürokratischer Schüleraustausch dennoch einfach möglich sein würde. Der Einbezug weiterer Gemeinden wäre allenfalls komplizierter.
- 1.7. Laut Paul Hartmann, Präsident Fachkommission, kann man als strategisches Organ nur "Langschüsse" machen, wenn es einem gelingt, die Kanonen zu laden und noch rechtzeitig abzufeuern. Er hat das Papier der Arbeitsgruppe, das an die Lehrer gegangen ist, nur einmal kurz gesehen. Dies hat ihn bewogen, mit der Arbeitsgruppe letzten Donnerstag Kontakt aufzunehmen. Seit damals ist er im Besitz der Vorlage und heute hat er erfahren, dass er noch im Gemeinderat dazu Stellungnahme nehmen soll. Er bittet deshalb den Gemeinderat, zur Kenntnis zu nehmen, dass man nur das beurteilen kann, worüber man auch informiert ist. Wenn er den Auftrag der Arbeitsgruppe gemäss Ziffer 12 Vorlage anschaut, so erachtet er es als absolut richtig, dass man so vorgegangen ist. Bei Ziffer 2 der Vorlage stellt sich bereits die Frage, wie man an eine Sache herangeht, womit man anfangen soll. Wenn man Unternehmungen und Strukturen betrachtet, gibt es Leute, welche der Ansicht sind, dass zuerst das Organigramm stehen soll, und andere die der Meinung sind, dass man dieses erst dann erstellt, wenn man weiss, wie das Ganze funktionieren soll. Ähnlich verhält es sich bei diesem Geschäft:

Soll man zuerst den Grundsatzentscheid der Zusammenarbeitsform klären oder zuerst festlegen, wie etwas funktionieren soll (z.B. wer macht was mit wem, wie viel kostet es, welche Räumlichkeiten nimmt man genau etc) und danach nach der geeigneten Zusammenarbeitsform suchen? Braucht es wirklich nur einen Kooperationsvertrag? Bei einem Zweckverband müsste man alles regeln. Muss bei einem Kooperationsvertrag nicht auch alles klar sein. Diese Frage stellt sich ihm schon, wenn man einen Grundsatzentscheid fällen muss: Die Organisationsform "Zweckverband" ist offensichtlich völlig vom Tisch, wenn man das Papier der Arbeitsgruppe anschaut. Für ihn ist der Zweckverband auch keine Option, solange man diesen nicht um die Primarschulen und die Kindergärten Grenchen und Bettlach erweitert und alles zusammen nimmt. Dies ist eine ganz andere Diskussion, aber auch eine völlig andere Dimension. Sonst hat man tatsächlich drei Gremien, die sich absprechen müssen. Dies erachtet er als ungünstig. Beim Kooperationsvertrag stellt sich die Frage, was mit der Bezirksschulkommission Grenchen-Bettlach geschieht. Der Vorlage konnte er auch nicht entnehmen, ob auch die Oberstufe und die Sekundarschule Führungsmässig an Grenchen übergehen, obwohl man zwei Standorte hat. Da er die Materie nicht genau kennt, kommt er zum Schluss, dass man anstatt den Grundsatzentscheid zu fällen und die Vertragsform zu wählen, zuerst mit Ziffer 3.4 der Vorlage anfangen und dem Gemeinderat aufzeigen sollte, wie das Ganze funktionieren soll, in welchen genauen zeitlichen Ablauf man vorgehen will und welche Kosten anfallen etc. Paul Hartmann hat den Eindruck, dass die Arbeitsgruppe unmöglich die ganze Arbeit alleine ausführen kann. Hier kommt ein riesiges Projekt auf sie zu. Er möchte vorher wissen, wie es funktionieren soll.

- 1.8. Aufgrund der Erwägungen der Fachkommission, so Stadtpräsident Boris Banga, resultiert der Antrag und Beschlussesentwurf des Stadtpräsidiums/der Stadtkanzlei vom 22. Januar 2008, welcher heute aufliegt. Ziffer 3.1. entspricht der Vorlage Arbeitsgruppe, Ziffern 3.2. und 3.3. wurden neu formuliert.

3.1. Die beiden Gemeinderäte von Grenchen und Bettlach beschliessen, dass Grenchen und Bettlach Standorte für die Sek-E- und Sek-B-Klassen werden.

3.2. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, mit weiteren möglichen Standortgemeinden Verhandlungen aufzunehmen.

3.3. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, die weitere Umsetzung auszuarbeiten und dem Gemeinderat eine Projektorganisation zu unterbreiten und die Kostenfolgen aufzuzeigen.

- 1.9. Gemäss Barbara Leibundgut hat man die Frage der Schulräumlichkeiten in der Arbeitsgruppe angeschaut. Es sieht so aus, dass Bettlach die zwei Klassenzüge pro Jahrgang für die Oberstufe wird führen können. Es wird nur noch eine Sek-E und ein Sek-B geben. Die Sek P wird in Grenchen sein. Sek-E und Sek-B lösen Oberschule und Sekundarschule und einen Teil der Bezirksschule ab. Dies würde bedeuten, dass man in Bettlach 6 Klassen für die Oberstufe hätte. Die anderen Oberstufenklassen sind in Grenchen und hätten in den Schulhäusern Platz. Hier gibt es zwei Möglichkeiten: entweder führt man die gesamte Oberstufe im Zentrum oder z.B. zwei Klassen pro Jahrgang im Halden und einen Teil im Zentrum, wie es jetzt schon der Fall ist. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten, die man genauer ausarbeiten könnte.

2. Eintreten

- 2.1. Obwohl die kantonale Projektleitung, so Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi, den Zeitplan für die Umsetzung für die Sek-Reform erst kürzlich um ein Jahr auf den Schulbeginn 2010 verschoben hat und Schulstandortfrage vom Kanton erst Ende März 2008 beantwortet wird, ist die FdP für Eintreten auf das vorliegende Geschäft. Er bezieht sich auf die Vorlage und erklärt, dass die FdP für die Umsetzung in den beiden Gemeinden Variante 1 favorisieren würde. Die Kooperationsvertragslösung ist für ihre Wahrnehmung eine effiziente und ist ein fairer Weg, es entspricht auch einem modernen Verständnis der Zusammenarbeit. Zusätzlich überzeugen sie die im Anhang formulierten Vorteile. Bezüglich des einzigen Nachteils (Einbezug weiterer Gemeinden schwierig) wäre sie dankbar, wenn dazu noch eine ergänzende Begründung geliefert würde. Dies würde eigentlich dafür sprechen, dass man dem Antrag des Stadtpräsidiums folgen würde. Er hat noch eine Frage zu Antrag 3.1., wonach die beiden Gemeinderäte von Grenchen und Bettlach beschliessen, dass Grenchen und Bettlach Standorte, soweit als möglich, für die Sek-E- und Sek-B-Klassen werden. Ist dieser Antrag im Sinne einer Motion zu verstehen oder entscheidet man bereits mit der heutigen Abstimmung über die vorgesehene Verteilung. Falls man heute Abend entscheiden würde, müsste er darauf aufmerksam machen, dass das Ja eine markante Änderung gegenüber der bisherigen Regelung bedeuten würde. Es würde nämlich bedeuten, dass die Bez-Klassen auch in Bettlach angesiedelt sind. Für den Antrag des Stadtpräsidiums ist seitens der FdP Sympathie vorhanden. Man möchte aber zuerst hören, wie die weiteren Voten der anderen Fraktion lauten.
- 2.2. Laut Barbara Leibundgut ist gemeint, dass der Gemeinderat von Grenchen und Bettlach einen Grundsatzentscheid fällt, damit man weiss, in welche Richtung man weiterarbeiten muss. Der Kanton Solothurn hat heute die komplizierteste Sekundarstufe I (7., 8. und 9. Schuljahr) der ganzen Schweiz. Diese Struktur ist nicht mehr zeitgemäss und soll der übrigen Schweiz angepasst, die Zahl der Abteilungen von sechs (Kleinklasse, Oberschule, Sekundarschule, Bezirksschule, Progymnasium und Untergymnasium) auf vier reduziert werden. Unter dem neuen Oberbegriff "Sekundarschule" werden die vier Abteilungen neu als Sekundarschule B (Basis-Anforderungen), Sekundarschule E (Erweiterte Anforderungen), Sekundarschule P (Progymnasium) und Sekundarschule K (Kleinklasse resp. bisherige Werkklasse) bezeichnet. Es wird in Grenchen keine keine Bez-Züge mehr geben. Man möchte, dass Grenchen und Bettlach Standorte, soweit als möglich, für die Sek-E- und Sek-B-Klassen werden. Dies würde bedeuten, dass auch in Bettlach je eine Klasse Sek-E und Sek-B pro Jahrgang angesiedelt ist. Die Sek-P-Klassen sollen im Bezirksschulhaus Grenchen angesiedelt werden. Es handelt sich um die SchülerInnen, von denen ein Teil (Annahme 2/3) anschliessend ins MAR-Gymnasium übertreten wird. Ein Teil der bisherigen Bezirksschüler wird neu in der Sek-E sein, der bessere Teil in der Sek-P. In der Sek-E werden die heutigen "normalen" Bezirksschüler sein plus die bessere Sekundarschüler (ca. 2/3). Die Sek-B wird die Oberschüler und 2/3 der heutigen Sekundarschüler umfassen. Bezirksschule gibt es keine mehr. Diejenigen Bettlacher Schüler, die ins MAR-Gymnasium übertreten (Sek-P-Züge), werden gemäss Kanton ganz sicher in Grenchen sein. Der Kanton hat bisher gesagt, dass Grenchen und Solothurn Standortgemeinden für Sek-P sind. Am 26. März 2008 wird er bekannt geben, ob es noch weitere Standorte in der Region geben wird. Die Bettlacher Schüler bleiben also in Bettlach, ausser diejenigen, welche anschliessend ins MAR-Gymnasium gehen.

- 2.3. Gemeinderat Heinz Müller weist darauf hin, dass es mit der Sek-Reform eine neue Aufteilung gibt. Diejenigen Schüler, die heute in die Bezirksschule gehen, werden zukünftig zum Teil in die Sek-E-Klassen gehen. Er schliesst daraus, dass Bettlacher Schüler, die heute nach Grenchen in die Bezirksschule kommen, inskünftig im Sek-E-Zug in Bettlach wären, was irgendwie auch vernünftig wäre. Man hat in den Schulen in den letzten Jahren sehr viel geändert. Man hat die Schulleitungen und die Blockzeiten eingeführt und andere Revisionen durchgeführt. Dies hat die SVP dazu bewogen, die einfachere Variante, nämlich den Kooperationsvertrag zu wählen. Diese Lösung ist einfacher und auch günstiger. Man will nicht nur Geld sparen, man hat auch die Idee, dass er weniger Nachteile hat (siehe Aufstellung der Vor- und Nachteile). Der Zweckverband hat wesentlich mehr Nachteile, wobei er einen Vorteil des Zweckverbandes für ihn (Eigene Rechtspersönlichkeit - nicht von GR abhängig) als amtierender Gemeinderat nicht unbedingt als solchen sieht. Für die SVP ist es klar, dass man das Urteil nach Abwägen der Vor- und Nachteilen fällt und hier gewinn klar der Kooperationsvertrag. Die Frage sei auch erlaubt, ob der Einbezug weiterer Gemeinden ein Kriterium sein muss. Für Heinz Müller ist es wichtig, dass man vorerst Grenchen und Bettlach unter Dach und Fach bringt. Sollte es noch andere Gemeinden geben, die mitziehen und mithelfen wollen, dann wäre dies umso besser. Er nimmt auch an, dass sich andere Gemeinden diesem Kooperationsvertrag anschliessen könnten. In der Arbeitsgruppe hat man auch die Sympathie der Schulleitungen zum Kooperationsvertrag gespürt. Heinz Müller hat diesen den Vorrang gegeben. Wenn schon die Leute, die mit der neuen Zusammensetzungen arbeiten müssen, eine Vorliebe haben, sieht er keinen Grund, warum man sich hier anders entscheiden sollte, zumal die vorgenannten Punkte für die SVP Vorteilen sind. Bezüglich des Antrages des Stadtpräsidiums ist er der Ansicht, dass man heute einen Entscheid fällen sollte, damit die Arbeitsgruppe die Möglichkeit hat, weiterzuarbeiten. Er möchte deshalb wissen, bis wann der Entscheid getroffen werden muss, wenn man dem Antrag des Stadtpräsidiums heute zustimmt. Verliert man allenfalls wertvolle Zeit, die man brauchen könnte, um bereits in die Tiefe zu gehen? Die SVP ist für Eintreten und unterstützt den Kooperationsvertrag (Variante 1).
- 2.4. Gemeinderätin Clivia Wullimann ist befremdet, dass man den Antrag vom 22. Januar 2008 erst jetzt auf dem Tisch hat. Sie denkt, dass es möglich gewesen wäre, diesen den GR-Mitgliedern früher zukommen zu lassen, damit man ihn noch in den Fraktionen hätte besprechen können. Die Sek-E ist das, was vorher die Klientel der Bezirksschule war, und dies bedeutet ungeschminkt, dass Bettlacher Schüler/innen nicht mehr nach Grenchen kommen. Sie möchte deshalb wissen, ob dies Konsequenzen für das Lehrpersonal von Grenchen, d.h. für die Bezirksschullehrer hat. Gibt es irgendwelche Entlassungen? Sie hat keine Kenntnis davon und möchte daher mehr Grundlagen, bevor sie dem zustimmen kann. Was den ursprünglichen Antrag betrifft, hat sich die SP-Fraktion grossmehrheitlich für den Kooperationsvertrag ausgesprochen, er erscheint als die praktikabelste Variante. Es ist auch möglich dass neue Gemeinden dazu kommen, dies ist nicht ausgeschlossen. Auch im Zweckverband müsste z.B. Selzach den Statuten zustimmen. Ob man jetzt den Statuten oder dem Kooperationsvertrag zustimmen muss, macht keinen grossen Unterschied. Die SP kann einem Kooperationsvertrag zustimmen, bekundet aber Mühe mit Ziffer 3.1., da man schlichtweg nicht weiss, welche Konsequenzen es für Grenchen bedeutet.
- 2.5. Die CVP, so Gemeinderat Markus Böhi, kann sich den vorherigen Voten anschliessen und würde auch Variante 1 (Kooperationsvertrag) unterstützen.

- 2.6. Boris Banga bemerkt bezüglich seines kurzfristig eingereichten Antrages, dass man selbst an den Gemeinderatssitzungen klüger werden kann und aus dem Stand heraus überlegen kann und keine Fraktionssitzung dazu braucht. Er hat erst kürzlich erfahren, dass gar kein Kontakt mit anderen Gemeinden stattgefunden hat. Man weiss nicht, was Selzach und Lommiswil für eine Haltung einnehmen. Wenn man die Schülerentwicklung betrachtet, muss man diese Gemeinden einbinden, sonst hat man nicht einmal 2 mal 2 Klassen mehr. Man sollte realistisch sein und die Schülerzahlen anschauen. Es geht nicht an, dass nur eine Lösung für Grenchen und Bettlach ausgearbeitet wird. Wenn man andere Gemeinden mit einbeziehen will, müssen sie sich zum Ganzen äussern können. Deshalb hat der den vorliegenden Antrag gestellt. Er kann nicht begreifen, warum man sagt, dass der Zweckverband fachlich geeigneter ist. Beim Zweckverband werden einzig Gemeinderäte durch andere Leute ersetzt. Auch die heutige Fachkommission, welche so ausgewählt wird, dass sie im Schulbereich etwas bringt, wird man in einem Zweckverband nicht mehr haben. Man muss als Gemeinde die Budgethoheit abgeben und kann kaum Instruktionen geben. Er warnt davor, in einem Geschäft je einen Zweckverband zu wählen.
- 2.7. Wie Gemeinderat Aldo Bigolin ausführt, wurde Grenchen als Sek P-Standort vom Kanton bestimmt. Dies heisst gleichzeitig dass mindestens zwei Klassen geführt werden müssen. Wenn man die Entwicklung der Schülerzahlen betrachtet, sieht man, dass sie rückläufig ist, was bedeuten könnte, dass der Sek-P-Standort in Grenchen einmal gefährdet sein könnte. Deshalb ist der Antrag des Stadtpräsidiums sicher berechtigt und müsste noch vertiefter angeschaut werden, damit man nicht in etwas hineinläuft, was man allenfalls vorher hätte vermeiden können.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Barbara Leibundgut erklärt, dass Kontakte mit Selzach stattgefunden haben. Aber vom Kanton aus war vorgegeben, dass Grenchen und Solothurn Sek-P-Standorte werden sollen. Selzach wäre selbst auch gerne Sek-P-Standort, man hat aber zu wenig Schüler, um einen solchen Zug führen zu können, da es zwei Parallelklassen braucht. Deshalb wäre Selzach daran Interessiert, von Bettlach noch Sek-P-Schüler übernehmen zu können. Wenn Bettlach aber seine Sek-P-Schüler in Grenchen abziehen würde, dann hätte Grenchen auch zu wenig Schüler, zwei Klassen parallel führen zu können. Möglich wäre, dass Schüler von Selzach nach Grenchen für den Sek-P-Zug kämen. Dies wäre sehr wünschenswert für Grenchen und würde den Standort stärken. Da Bellach, Selzach, Lommiswil aber einen Schulkreis bilden, wird es schwierig, Kinder aus diesem Zweckverband herauszunehmen und nach Grenchen zu bringen. Das Ganze würde damit noch unübersichtlicher. Es trifft zu, dass die Schülerzahlen abnehmen. Man hat dies in der Arbeitsgruppe ganz genau angeschaut und ausführlich diskutiert, auch bezüglich der Raumfrage. Man ist zur Lösung gekommen, dass es am sinnvollsten ist, wenn man ein Schulzentrum mit der Oberstufe in Grenchen (im Zentrum) und 6 Klassen in Bettlach hat. Dann geht es auch bezüglich Schulräumlichkeiten etc. am besten auf.
- 3.2. Gemäs Boris Banga gibt es heute den Zweckverband Bezirksschule Selzach, Lommiswil und Bellach. Wenn man sie nicht ins Boot kriegt, gehen sie automatisch nach Solothurn. Eine Selzacher Lösung wird es unter diesen Voraussetzungen nie und nimmer geben.

Er fragt sich warum man eine Buserschliessung nach Selzach und Lommiswil hat, woran sich alle beteiligen, wenn man dies nicht in die Wagschale wirft. Er ist der Ansicht, dass man neben der geplanten Sozialregion und der Regionalisierung Zivilschutz auch eine regionale Zusammenarbeit im Schulbereich möglich sein sollte.

- 3.3. Wie Barbara Leibundgut ausführt, möchte man diese Möglichkeit in der Arbeitsgruppe nicht ausschliessen. Bisher wurde aber vom Kanton ganz klar signalisiert, dass ab Selzach alle Schüler nach Solothurn müssen. Darüber kann man wahrscheinlich mit dem Kanton noch reden, da er am 26. März 2008 eine Informationsveranstaltung durchführen will. Falls man von Selzach noch Sek-P-Schüler nach Grenchen nehmen kann, ist dies umso besser. Dagegen würde überhaupt nichts sprechen.
- 3.4. Heinz Müller merkt an, dass sich niemand dagegen gewehrt hat, dass mit anderen Standortgemeinden Verhandlungen aufgenommen werden. Es wurde auch in der Arbeitsgruppe diskutiert, sogar über die Kantonsgrenze hinaus. Es hat sich auch niemand im Gemeinderat für den Zweckverband stark gemacht. Wenn jetzt alle Fraktionen in Grenchen den Kooperationsvertrag unterstützen, wird dies vermutlich in Bettlach, Selzach und Lommiswil ähnlich aussehen. Die SVP sieht die Vorteile des Kooperationsvertrages. Deshalb macht er beliebt, Ziffer 3.2 des Antrags der Arbeitsgruppe zuzustimmen.
- 3.5. Gemäss Vorlage, so Boris Banga, ist das Leitgemeindemodell nicht auf Zustimmung gestossen. Ihm fehlt dazu noch die Begründung, denn es ist ja bereits heute so, dass Grenchen in der Bezirksschule die Leitgemeinde ist.
- 3.6. Nach Ansicht von Barbara Leibundgut hat man heute in der Bezirksschule eine Mischform zwischen einem Kooperationsvertrag und einem Leitgemeindenmodell. Wenn die ganze Oberstufe als Leitgemeinde nach Grenchen gehen würde, dann hätte man wahrscheinlich 2 Klassenzüge pro Jahrgang weiterhin in Bettlach und einen Schulleiter, der von Bettlach aus für die Oberstufe Bettlach zuständig und in Grenchen angestellt wäre. Es gibt so ein unmögliches Konstrukt. Grenchen würde über Schulsachen von Bettlach bestimmen und diese hätte nichts mehr dazu zu sagen. Es gibt auch bezüglich der Schulhäuser schwierige Strukturen. Dies ist auch der Grund, warum dieser Antrag in der Arbeitsgruppe abgelehnt worden ist.
- 3.7. Boris Banga bezieht sich auf das Votum von Clivia Wullimann, wonach man Ziffer 3.1. nicht zustimmen kann, da man keine Kenntnis über die Auswirkungen bezüglich Lehrpensen etc. hat.
 - 3.7.1 Barbara Leibundgut führt aus, dass man die Auswirkungen nur abschätzen kann. Es wird sieben Jahre dauern, bis alle Klassen umgesetzt sind. In den nächsten sieben Jahren wird an den Schulen noch einiges passieren. Es wird sicher Auswirkungen geben, schliesslich will man ja Synergien nutzen und so zwei Klassenzüge einsparen. Dadurch wird es auch zwei Lehrstellen weniger geben. Es ist äusserst schwierig zu sagen, wie sich die Schülerzahl bis ins Jahr 2014/15 entwickeln wird. Man wird in dieser Zeit aber auch natürliche Abgänge verzeichnen können, so dass allenfalls keine Leute entlassen werden müssten. Sie kann aber solche Dinge nicht jetzt im Voraus garantieren.
 - 3.7.2 Clivia Wullimann beantragt, Ziffer 3.1. zu streichen. Wenn man im Rahmen des Kooperationsvertrags eine solche Erklärung abgeben müsste, könnte man dem immer noch zustimmen. Sie möchte keine Weichen stellen.

- 3.7.3 Boris Banga ist der Ansicht, dass die Arbeitsgruppe irgendwelche Leitlinien haben muss. Er schlägt deshalb vor Ziffer 3.1. wie folgt abzuändern, damit man eine Rückzugsmöglichkeit hat:

Die beiden Gemeinderäte von Grenchen und Bettlach beschliessen, dass Grenchen und Bettlach Standorte, wenn immer möglich, für die Sek-E- und Sek-B-Klassen werden.

- 3.7.4 Barbara Leibundgut erwidert, dass Bettlach jetzt ein neues Schulhaus für die Oberstufe mit einer sehr guten Infrastruktur gebaut hat. Bettlach wird dort Bettlacher Klassen behalten wollen. Sie werden bestimmt nicht alle Schüler plötzlich nach Grenchen geben. Bettlach muss je eine Klasse Sek-E und eine Sek-B pro Jahrgang in Bettlach führen. Dies ist vom Kanton so vorgeschrieben.

- 3.7.5 Gemeinderätin Marianne Rossier denkt auch, dass man der so vorgeschlagenen offenen Formulierung zustimmen kann. Dies ist nötig, damit die Arbeitsgruppe weiterarbeiten kann. Sie erachtet dies als einen guten Kompromiss. Sie ist wie Heinz Müller der Ansicht, dass man sagen sollte, dass man grundsätzlich mit einem Kooperationsvertrag einverstanden ist

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die beiden Gemeinderäte von Grenchen und Bettlach beschliessen, dass Grenchen und Bettlach Standorte, wenn immer möglich, für die Sek-E- und Sek-B-Klassen werden.
- 4.2. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, mit weiteren möglichen Standortgemeinden Verhandlungen aufzunehmen.
- 4.3. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, die weitere Umsetzung des Modells Kooperationsvertrag auszuarbeiten und dem Gemeinderat eine Projektorganisation zu unterbreiten und die Kostenfolgen aufzuzeigen.

Vollzug: Arbeitsgruppe Zusammenarbeit Grenchen - Bettlach, Sek-I-Reform

GLSG

FKSG

Bezirksschulkommission

Arbeitsgruppe Zusammenarbeit Grenchen - Bettlach, Sek-I-Reform

SL Bezirksschule Grenchen-Bettlach

Gemeinderat Bettlach

Gemeindepräsidium Bettlach

Schulleitung Bettlach

SV

FV

API

2.5.0 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2002

Interpellation Fraktion SP: Beiträge an Vereine oder andere juristische Personen / Institutionen in den Bereichen Sport und Kultur

Vorlage: FV/20.12.2007

1. Mit Datum vom 18. September 2007 reichte die SP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichnerin: Marianne Rossier):

1.1. *Interpellationstext*

Der Stadtpräsident bzw. die Stadtverwaltung sind gebeten, zur Unterstützung von Vereinen und anderen juristischen Personen in den Bereichen Sport und Kultur bezogen je auf die Jahre 2006 und 2007 folgende Fragen zu beantworten

1. *Welche Vereine und andere juristische Personen wurden/werden von der Stadt Grenchen oder anderen öffentlichrechtlichen Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, wie z.B. den Städtischen Werken SWG, unterstützt?*
2. *Welches sind die Grundlagen für diese Leistungen im Einzelfall (Leistungsvertrag, Budgetbeschluss, anderer Beschluss, Nachtragskredit, andere Formen)?*
3. *Wie hoch ist die Unterstützung im Einzelfall insgesamt und wie setzt sie sich zusammen gemäss folgenden Kriterien und betragsmässig*
 - *direkte finanzielle Unterstützung*
 - *indirekte Unterstützung(en), z.B. durch zur Verfügung stellen von Immobilien oder anderer Infrastruktur, Übernahme von Personal- oder anderen Kosten, Gebühren oder Dienstleistungen, Erledigen und Überwachen von Arbeiten und Aufträgen durch Mitarbeitende der Stadt Grenchen etc.?*
4. *Kann beziffert werden, welcher Anteil der gesamten Unterstützung im Einzelfall für die Jugendförderung verwendet wird?*
5. *Wenn städtische Liegenschaften und Raum zur Verfügung gestellt werden, wie ist die Nutzung durch Dritte geregelt, grundsätzlich oder im Einzelfall, falls unterschiedliche Regelungen bestehen, und wurde allfälligen Regeln entsprochen?*

6. *Gibt oder gab es Fälle, und falls ja, welche und in welchem Umfang, bei denen Dritte oder sogar weitere Personen, Firmen etc. indirekt von der Unterstützung Nutzen hatten oder haben könnten (z.B. aufgrund von schriftlichen oder mündlichen Unter-
verträgen oder in anderer Form)? Wenn es einen solchen Fall gibt, kann festgestellt werden, ob einzelne Personen mehrfach (sozusagen kaskadenhaft) beteiligt sind?*
7. *Wurde schon Beitrags- oder Erlassgesuchen (für Kosten, Gebühren, Steuern etc.), die erst nachdem der Aufwand entstanden war eingereicht wurden, also ohne Defi-
zitätgarantie, entsprochen und wenn ja unter welchen Voraussetzungen und in wel-
chem Umfang?*
8. *Wann ein öffentlich zugängliches Verzeichnis geführt werden, beispielsweise im In-
ternet, das Angaben über solche Beiträge enthält und das laufend oder periodisch
nachgeführt wird?*

Begründung:

*Die Stadt Grenchen unterstützt Vereine und Institutionen unter anderem in den Berei-
chen Kultur und Sport durch finanzielle Beiträge, was angebracht, sinnvoll und Aufgabe
der öffentlichen Hand ist.*

*In den letzten Wochen wurde vermehrt über den Umfang, die Art und die Verteilung die-
ser Beiträge diskutiert. In diesem Kontext ist auch von Interesse, wie die Nutzung von
städtischen Liegenschaften geregelt ist.*

*Offen ist ferner, wie nachgereichte Gesuche um Beiträge oder Erlass von Gebühren etc.
behandelt werden. Es ist zu vermeiden, dass ein Gewinn privatisiert, ein Verlust hinge-
gen sozialisiert wird und dass die Behörden vor vollendete Tatsachen gestellt werden,
indem Ausgaben in Eigenkompetenz getätigt werden, dann aber von der Allgemeinheit
übernommen werden sollen.*

*Es besteht ein legitimes Bedürfnis der Bevölkerung und der Behörden, transparent über
diesen Bereich und die Verwendung von öffentlichen Mitteln informiert zu werden.*

2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga wurde die Interpellation von der Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit anderen tangierten Verwaltungsabteilungen beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Die Interpellantin kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Laut Gemeinderätin Marianne Rossier sind mit einer umfassenden Vorlage die gestellten Fragen beantwortet worden. Dafür dankt sie dem Finanzverwalter und allen Personen, die daran mitgearbeitet haben.

Ob dadurch mehr Transparenz geschaffen oder eher der Dschungel noch dichter geworden ist, kann offen gelassen werden. Ihrer Meinung nach ist mit den vorliegenden Listen eine gute Grundlage geschaffen worden, die längerfristig genutzt, aufdatiert und weitergeführt werden kann. Insbesondere die Listen 1 bis 3, aus denen die geleisteten Beiträge, die Empfänger und der Grund für die Leistung ersichtlich sind, dienen dazu, über längere Zeit einen transparenten Überblick zu verschaffen. Nachdem die Grundlage erstellt ist, ist der Aufwand, diese weiterzuführen, nicht riesig. Eine solche Liste im Internet zu publizieren, ist auch nicht mit grossem Aufwand verbunden. Aufgrund vom Öffentlichkeitsprinzip muss über die Beiträge auf Anfrage hin ohnehin Auskunft erteilt werden. Es kann eingewendet werden, diese Angaben sind aus dem Budget oder der Rechnung ersichtlich. Der Vorlage ist zu entnehmen, dass einzelne Vereine und Firmen mehrfach Beiträge erhalten können, jeweils unter einem anderen Titel. Dagegen ist nichts einzuwenden, denn ein Beitrag für ein Jahrbuch an einen Sportverein wird unter der Rubrik Kultur geleistet. Es ist aber für den Bürger/die Bürgerin nicht zumutbar, im Einzelfall sich im Budget oder der Rechnung diese Posten einzeln zusammensuchen zu müssen, um einen Überblick zu gewinnen. Sie regt an, dass sich die Finanzverwaltung mit dem Amt für Informatik zusamm tut und die Listen öffentlich zugänglich führt. Sie versteht das als Anregung und wird in dem Punkt keinen Vorstoss einreichen. Nur noch soviel dazu, oft gibt gerade das Verdeckthalten von Informationen den Anschein, es gehe etwas nicht mit rechten Dingen zu, es bestehe ein Filz. Gerade in der letzten Zeit sind derartige Vorwürfe und Behauptungen sogar auf höchster politischer Ebene mehrfach geäussert worden. Proaktives Verhalten bezüglich Information kann solchen Vorhaltungen entgegenwirken. Zu den einzelnen Daten in der Vorlage könnten verschiedene Analysen angestellt und Interpretationen vorgenommen werden. Sie beschränkt sich auf einen Punkt, der sich, wie schon zu vermuten war, als problematisch herauskristallisiert hat. Aus der Vorlage geht hervor, dass vor allem die Nutzung der Infrastruktur direkt oder durch Dritte im Rahmen einer Unternutzung problematisch sein kann. Einen Mangel zu benennen ist das eine, etwas dagegen zu tun, das andere. Damit einem nicht später vorgeworfen werden kann, vor möglichen problematischen Situationen die Augen verschlossen zu haben, ist es zukunftsgerichtet angebracht, diese Problematik anzugehen und zu beseitigen. In der Vorlage werden in dem Zusammenhang zwei Fälle genannt, die in dem Sinn Handlungsbedarf aufweisen. In beiden Fällen, es betrifft den FC Grenchen und den FC Wacker, ist die Nutzung mit Verträgen geregelt, die rund 30 bis 40 Jahre alt sind. Es ist davon auszugehen, dass sich die ursprüngliche Situation in der Zwischenzeit verändert hat. Es ist deshalb angebracht, die Verträge grundsätzlich, aber auch dahingehend zu überprüfen, dass allfällige Unternutzungen möglichst klar und transparent geregelt sind. In dem Zusammenhang wird sie heute ein Postulat eingereicht. In dem Sinn ist sie mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden und dankt allen Beteiligten.

4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

FV
BD
SV
Stapo
AfK

3.0 / acs

Teilrevision des Steuerreglementes aufgrund der Teilrevision des Steuergesetzes per 1. Januar 2008

Vorlage: FV/08.01.2007

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Wie Finanzverwalter Rudolf De Toffol ausführt, sind aufgrund der in der Volksabstimmung vom 21. Oktober 2007 beschlossenen Teilrevision des Steuergesetzes, welche per 1. Januar 2008 in Kraft tritt, auch Anpassungen in den Steuerreglementen der Gemeinden notwendig.

1.2. Die Anpassungen stellen den blossen Nachvollzug der Änderungen im Steuergesetz dar. Dessen Bestimmungen gehen als übergeordnetes Recht vor und gelten damit auch, wenn das Steuerreglement noch nicht an das revidierte Gesetz angepasst ist. Das Steueramt des Kantons Solothurn empfiehlt den Gemeinden aber trotzdem, ihre Steuerreglemente entsprechend zu revidieren, damit es die tatsächlich geltende Rechtslage wiedergibt.

1.3. Änderungen des Steuerreglementes

Die gestützt auf die Teilrevision des Steuergesetzes notwendigen Änderungen im Steuerreglement der Stadt Grenchen sind im Anhang I in synoptischer Darstellung ersichtlich. Kommentar zu den Änderungen des Steuerreglements gemäss Anhang I:

1.3.1 Steuergesetzes ebenfalls aufgehoben wurde. Neu wird im Veranlagungs- oder Einspracheverfahren nicht mehr über Erlassgesuche entschieden. Die entsprechenden Gesuche werden nicht mehr von der Veranlagungsbehörde sondern von der zuständigen Erlassbehörde, dem Finanzdepartement behandelt.

In lit. b und i wird lediglich die frühere Bezeichnung "Kantonale Steuerverwaltung" durch die aktuelle "Kantonales Steueramt" ersetzt.

1.3.2 In § 11a Absatz 3 werden die von einem Ehepaar vor der Scheidung oder Trennung provisorisch bezogenen Steuerbeträge geregelt. Neu wird die Aufteilung dieser Steuerbeträge auf die Ehepartner präzisiert. Hat ein Ehepaar vor der Scheidung oder Trennung im Rahmen des Vorbezuges Steuerbeträge einbezahlt, so sind sie den beiden, nach der Trennung oder Scheidung für das ganze Jahr getrennt besteuerten Ehegatten je zur Hälfte an ihre Steuern anzurechnen. Besondere Vereinbarungen, welche die Ehegatten der Bezugsbehörde vorlegen, bleiben aber vorbehalten.

- 1.3.3 In § 12a wird ein neuer Absatz 5 eingefügt. Die neue Bestimmung bildet eine Ausnahme von der hälftigen Anrechnung und Rückerstattung an die getrennten oder geschiedenen Ehegatten. Sie gilt nur für den Fall, dass der eine Gatte nach der Trennung oder Scheidung eine noch auf das Ehepaar lautende Vorbezugsrechnung begleicht, die Gatten aber für dieses Jahr bereits getrennt veranlagt werden. Dann wird der ganze Betrag jenem Ehegatten angerechnet oder zurückerstattet, der nachweist, dass er diesen nach der Trennung bezahlt hat.
- 1.3.4 § 13 Absatz 2. Sicherstellungsverfügungen müssen aufgrund der so genannten Rechtsweggarantie (Art. 29a des Bundesverfassung) bei einem Gericht angefochten werden können. Das ist gemäss § 184 Abs. 2 STG neu mit Rekurs an das Kantonale Steuergericht möglich (bisher Beschwerde beim Regierungsrat).
- 1.3.5 § 14 Absatz 2 wird aufgehoben. Bei Zahlungserleichterungen erübrigt sich ein Rechtsmittelverfahren und insbesondere eine gerichtliche Überprüfung, da in diesem Verfahren nicht auf die Steuerforderung verzichtet wird und auch keine neuen Pflichten festgesetzt werden.
- 1.3.6 Gemäss § 15 Absatz 5 kann die Steuerpflichtige Person gegen Erlassentscheide der Gemeinde neu Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben (bisher Beschwerde beim Regierungsrat). Diese Änderung erfolgt, weil aufgrund der Rechtsweggarantie bei Entscheiden über den Erlass von Steuern eine gerichtliche Überprüfung möglich sein muss.

2. Eintreten

- 2.1. Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann bezieht sich auf § 14 (Zahlungserleichterungen) und möchte wissen, warum Abs. 2 aufgehoben worden ist. Gemäss Rudolf De Toffol ist der Kanton der Ansicht, dass man diesen Absatz streichen kann, da bereits in § 75 der Gemeindordnung steht, dass man gegen einen Entscheid einer Verwaltungsstelle Beschwerde erheben kann.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- 4.1. Die Teilrevision des Steuerreglementes gemäss Anhang I wird genehmigt.
- 4.2. Diese Änderungen treten nach Genehmigung durch das Finanzdepartement rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft.

Vollzug: FV, KZL

Anhang I: Änderungen Steuerreglement

GV
FV
KZL (Finanzdepartement des Kantons Solothurn zur Genehmigung)

9.1.1 / acs

Ferienplan 2009/2010

Vorlage: BSKB 11/29.11.2007

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Rolf Glaus, Schulleiter Bezirksschule Grenchen-Bettlach, ausführt, genehmigte der Gemeinderat am 23. Januar 2007 den Ferienplan bis und mit den Weihnachtsferien 2008/2009 (Beschluss Nr. 3613). In seiner Sitzung vom 21. August 2007 Beschluss Nr. 3812) hat er den Grundsatz beschlossen, dass die Sportferien auf eine Woche verkürzt und die Frühlingsferien dafür um eine Woche verlängert werden.
- 1.2. Mit Verfügungen vom November 2006 und 2007 hat das Departement für Bildung und Kultur den Ferienplan für die kantonalen Mittel- und Berufsschulen, welcher die Basis für den Ferienplan in den Volksschulen bildet, für die Schuljahre 2008/2009 und 2009/2010 publiziert.
- 1.3. Aufbauend auf diesen Beschlüssen hat der verantwortliche Ressortleiter Rolf Glaus eine Vorlage ausgearbeitet.
- 1.4. Der Ferienplan ist der kantonalen Verfügung und der neuen Ferienregelung anzupassen. Die Sommer-, Herbst- und Weihnachtsferiendaten werden vom Kanton übernommen.
- 1.5. Die Sportferien finden jeweils in der ersten Woche der kantonalen Ferienregelung für Sportferien statt. Die Frühlingsferien beginnen eine Woche früher als dies die kantonale Ferienregelung vorsieht und dauern 3 Wochen. Weiter regelt die Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz (RRB vom 5. Mai 1970, Stand 1. Januar 2007), dass die Frühlingsferien vollumfänglich im April liegen müssen.
- 1.6. Im Schuljahr 2009/2010 gibt es 39, statt der bisherigen 38, Schulwochen. Der Kanton hat nun die Ferien so gelegt, dass die Sportwoche im Februar 2010 die Semester in 21 und 18 Wochen aufteilt. Das erscheint nicht ideal, wenn die beiden Semester so unterschiedlich lang sind.
- 1.7. Die Frühlingsferien sind immer von Ende März bis Mitte April.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Gemeinderat Thomas Marti freut es die CVP ausserordentlich, dass die zwei Wochen Sportferien im Jahr 2009 wieder auf eine Woche reduziert werden. Die CVP war von Anfang an gegen zwei Wochen Sportferien. Sie ist froh darüber, dass man wieder zur alten Regelung zurückgekehrt ist.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Rolf Glaus weist auf zwei Fehler in der Beilage zur Vorlage hin: Die Sportferien dauern vom 8. Februar bis 12. Februar 2010 und die Frühlingsferien vom 29. März bis 16. April 2010.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Ferienplan wird wie vorgelegt bis Sommer 2010 beschlossen.

Vollzug: SV

Beilage: Ferienplan 2009/2010 in der Fassung vom 22. Januar 2008

GLSG
FKSG
Bezirksschulkommission
SL Bezirksschule Grenchen-Bettlach
Gemeindepräsidium Bettlach
Schulleitung Bettlach
SV
API

2.0.0 / acs

Ausgewählte Statistiken aus verschiedenen Schulbereichen der Stadt Grenchen

Vorlage: GLSG/08.01.2008

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung Schulen Grenchen, führt Folgendes aus:

1.1.1 Die beiliegende Schüler/innenstatistik wurde auf das neue Schuljahr überarbeitet. Die Zahlen unserer Schüler/innen sind mit Stichtag 1. September 2007 für jede Klasse und Stufe aufgelistet.

1.1.2 Die Geburtsjahrgänge entsprechen nicht den Kalenderjahren, sondern dem Schuljahrgang (ein Jahrgang enthält alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Mai bis zum darauf folgenden 30. April geboren sind). Für jede Klasse werden das Total und die Anzahl Knaben bzw. Mädchen aufgeführt.

1.1.3 Folgende Institutionen werden in der Statistik berücksichtigt: Kindergarten Einführungsklassen Kleinklassen Primarschule Oberschule Sekundarschule Bezirksschule Progymnasium Werkklassen Heilpädagogische Sonderschule

1.1.4 Die graphische Darstellung der Geburtenjahrgänge erlaubt eine erste, schnelle Prognose über die Entwicklungstrends der Schulen in den nächsten Jahren.

1.1.5 Die ausländischen Kinder werden nicht mehr erfasst. Seit Schuljahr 2002/03 wird der Prozent-Anteil der fremdsprachigen Schulkinder erhoben. Diese Daten sind nötig, um allfällige Entscheide betreffend Steuerungsmechanismen (Deutschzusatzunterricht im Kindergarten und/oder der Primarschule, Klassengrössen, Assistenzstunden, Zuteilung und Neuzuteilung in Klassen) besser begründen zu können. Die Graphik auf Seite 9 zeigt die Verteilung der fremdsprachigen Schüler/innen auf die verschiedenen Schulstufen über die letzten drei Schuljahre.

Dabei zeigt diese Verteilung weiterhin eine statistisch signifikante Untervertretung an den anspruchsvolleren Schularten bzw. eine signifikante Übervertretung in den Kleinklassen, wozu auch die Werkklassen gezählt werden.

1.1.6 Möglichkeiten einer Prognose der Schülerzahlen: Für den Kindergarten können bis zu 5 Jahre, für die Oberstufe bis zu 10 Jahre prognostiziert werden.

1.1.7 Die Prognose dient als Planungsmittel für die Stellenbewirtschaftung und die Schulraumplanung.

- 1.1.8 Fazit im Volksschulbereich: Die grössten Schülerbestände weisen weiterhin noch die Klassen der Oberstufen auf; in den nächsten Jahren werden aber auch dort Klassen-schliessungen vorzunehmen sein. Im Bereich der Primarschulen wird eine Plafonierung der Schülerzahlen auf tiefem Niveau festgestellt, die im Kindergarten allerdings noch unterboten werden. Ein letzter grosser Einbruch der Geburtenzahl ist beim Jahrgang 2003/04 festzustellen (Geburten vom 01.05.2003 bis 30.04.2004). Im nächsten Schuljahr ist mit einer Sistierung an der Bezirksschule zu rechnen: Dann werden an der Bezirksschule 3 / 4 / 3 Klassen geführt, anstatt wie zurzeit 4 / 4 / 3.
- 1.2. Entwicklung anderer Institutionen
- 1.2.1 Kinderkrippen: Eine Prognose der Entwicklung der Kinderzahlen über die nächsten Jahre ist nicht möglich.
- 1.2.2 Musikschule: Die Statistik zeigt die Anzahl Musikschüler von 1986 bis 2006 und die Einnahmeentwicklung in der gleichen Periode. Die SchülerInnenzahlen scheinen sich auf einen Wert um 300 SchülerInnen einzupendeln.
- 1.2.3 Die Zahl der Besucher/innen in der Schulschwimmhalle ist seit vielen Jahren im Schwinden. Die Gründe dafür sind nicht bekannt.
- 1.2.4 Die Zahl der übernachtenden Schulkinder im Ferienheim Prägels ist seit einigen Jahren im Schwinden. Die Lehrerschaft wurde verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, das Ferienheim verstärkt zu benutzen, um Schulverlegungen, Projektwochen usw. durchzuführen. Die Zahl der Kinder in Ferienkolonien ist stabil.
- 1.2.5 Der Schülerhort zeigt seit einigen Jahren ein bescheidenes Ansteigen der Einnahmen, was auf eine moderate Erhöhung der Elternbeiträge zurückzuführen ist.
- 1.2.6 Die Stadtbibliothek verzeichnet seit einigen Jahren einen Anstieg der Bücherausleihen.
- 1.2.7 Schulsport: Eine Prognose des Schulsports ist nicht möglich; ob und wie stark ein Angebot genutzt wird, kann nicht prognostiziert werden. Die Graphik zeigt eine Verteilung der verschiedenen Sportarten im Schuljahr 2006/07.
- 1.3. Roger Kurt überlässt es dem Gemeinderat zu entscheiden, ob er weniger Unterlagen haben möchte.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderätin Marianne Rossier dankt der Geschäftsleitung für die umfangreiche und interessante Vorlage. Den Statistiken muss leider als wichtigstes Fazit entnommen werden, dass die Kinder- und damit die SchülerInnenzahlen weiterhin sinken werden und dass auch einzelne Angebote und Einrichtungen weniger genutzt werden. Es stellt sich für uns die Frage, ob etwas und, wenn ja, was gegen diesen negativen Trend getan werden kann. Bezüglich den Einrichtungen, die nicht mehr optimal genutzt werden, wie bspw. die Schwimmhalle und das Ferienheim Prägels, ist zu vermuten, dass sie nicht genügend attraktiv sind oder nicht erfolgreich verkauft werden. In dem Zusammenhang verweise ich auf die Stadtbibliothek; dort werden, offenbar erfolgreich, immer wieder diverse Anstrengungen unternommen, um sich mit Aktivitäten und einem attraktiven Angebot gut zu verkaufen und im Gespräch zu sein. Eventuell sind aber auch die Schwellen zu hoch. Bspw. bei der Schwimmhalle sind nach meinem Erachten die Gebühren zu hoch, um für Familien mit Kindern noch als attraktives und günstiges Angebot zu gelten.

Die Gemeinderatskommission ist deshalb gefordert, diesen Punkt einmal zu überdenken. Um dem anderen Punkt, der Abnahme der Geburten und der Kinderzahlen entgegenzuwirken, hat vielleicht höchstens die SWG eine Möglichkeit, eine direkte Massnahme zu ergreifen. In dem Bereich, das zeigen die Statistiken, ist es weiterhin Aufgabe der Behörden, die Stadt im Hinblick auf Einrichtungen, die für Familien und Kinder wichtig sind, attraktiv zu erhalten bzw. die Attraktivität zu steigern. In diese Richtung zielt auch der kürzlich vom Stadtpräsidenten deponierte Antrag für das Unicef-Label „kinderfreundliche Stadt“; es ist zu hoffen, dass ihm entsprochen wird. Das heisst nicht, dass wir in dem Fall dann die Hände in den Schooss legen könnten. Die SP-Fraktion hat in den Bereichen Bildung, Familien und Jugendliche immer aktiv Vorlagen unterstützt und immer wieder Vorschläge und Vorstösse eingebracht. Einzelne Massnahmen, die in der letzten Zeit denn auch vom Gemeinderat unterstützt worden sind, sind beispielsweise die Einführung der Tagesstrukturen, der Mittagstisch, das Projekt im Zusammenhang mit der Attraktivität der Quartiere, mit dem unter anderem der Zustand der Spielplätze verbessert werden soll, die Subventionen an die Kinderkrippen, der Ausbau des Schwimmbades, der Betrieb des Jugendhauses. Zudem sind alle Bestrebungen darunter zu subsumieren, die dazu beitragen, dass unsere Schulen allen Anforderungen entsprechen, die an Bildungsinstitutionen in fachlicher und pädagogischer Hinsicht gestellt werden. Andere Vorstösse, wie die Realisierung der Tagesstrukturen auch während den Ferien, der Skaterpark oder die Tagesschule, liegen noch in der Schublade. Die SP-Fraktion jedenfalls wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Grenchen für Familien, Kinder und Jugendliche eine attraktive Wohnstadt ist.

- 2.2 Laut Gemeinderat Heinz Müller macht der Sprecher der SVP bei solchen Statistiken jeweils auf die Prozentzahlen der fremdsprachigen Schüler aufmerksam. Man erzählt auch nichts Neues, wenn man feststellt, dass die Nichtbeherrschung der Sprache, die in der Schule angewendet wird, zu Problemen im Schulbetrieb führt. In diesem Punkt sind sich alle Politrichtungen einig. Uneinig ist man sich darüber, wie man den Kindern und Jugendlichen die Sprache beibringen soll. Gemäss Statistik sind in den Einführungs- und Kleinklassen weit über 60% fremdsprachige Kinder; dies zeigt, dass genau dort versucht wird, das Problem anzupacken und zu mildern. In der Primarschule gibt es eine Durchmischung, der Prozentsatz der fremdsprachigen Kinder sinkt auf 45,7%. In der Oberstufe liegt der Anteil wieder bei 57,6%: Dies erstaunt umso mehr, da die Kinder zu diesem Zeitpunkt mehrere Jahre in die Schule gegangen sind und die sprachliche Integration eigentlich abgeschlossen sind müsste. Es ist davon auszugehen, dass hier um fremdsprachige Schüler handelt, die erst im jugendlichen Alter in die Schweiz gekommen und in der Oberstufe gelandet sind. Je höher die Anforderungsschwelle ist, desto kleiner ist die Anzahl der fremdsprachigen Schüler (siehe Bezirksschule, Progymnasium). Wer die Sprache nicht beherrscht, kann keine höhere Schul- bzw. Berufsbildung erlangen. Dies ist aber nicht das Thema der Statistik. Es gibt zu denken, dass die Qualität der Schule so leidet. Mit der Einführung der Sek-Reform wird die Durchmischung nicht wesentlich besser, sondern eher noch schlechter werden. Für Heinz Müller leidet nicht nur die Qualität der Schule, sondern es leiden vor allem auch die Lehrkräfte, die irgendwann resignieren, wenn man ihnen hier nicht unter die Arme greift. Es wäre wirklich gut, wenn man endlich erkennen würde, dass fremdsprachige Kinder solange in separaten Klassen zu unterrichten sind, bis sie stufengerecht die Sprache beherrschen und wieder einsteigen können.

Hier wäre man sich in den verschiedenen politischen Richtungen sicher noch einig. Man ist aber uneins, wer dies finanzieren soll. Würde man die Eltern endlich in die Verantwortung nehmen, so würde es sie vielleicht motivieren, ihre fremdsprachigen Kinder bereits vor dem Schuleintritt in Sprachkurse zu schicken, wenn sie erkennen, dass ihre Kinder nur mit der Sprache weiterkommen. Es ist nicht mehr zumutbar, dass deutschsprachige Kinder unter dieser Situation leiden. Angesichts der Ansprüche, die in den Schulen relativ hoch sind, müssten auch die Lehrkräfte endlich Entlastung erhalten und nicht gezwungen sein, bis in die Oberstufe Deutschunterricht zu erteilen. Für die SVP hat die Statistik bestätigt, was sie immer wieder anprangert. Deshalb hofft sie, dass solche Statistiken mithelfen, die Eltern endlich in die Verantwortung zu nehmen - finanziell und moralisch - ihren Kindern die deutsche Sprache beizubringen, damit die Prozentzahlen in der Oberstufe anders aussehen und man nicht mehr so viele fremdsprachige Kinder mehr hat.

- 2.3. Marianne Rossier erklärt hinsichtlich der Problematik der fremdsprachigen Kinder, dass dieses Problem schon lange erkannt ist und gemäss einer heutigen Mitteilung des Bundesamtes für Migration die Kantone Baselstadt, Baselland, Solothurn und Zürich ab Januar 2008 einen Pilotversuch mit Integrationsvereinbarungen starten. Auch weitere Kantone, namentlich Aargau, hegen die Absicht, von diesem neuen Instrument Gebrauch zu machen. Mit der Integrationsvereinbarung soll insbesondere das Erlernen der am Wohnort gesprochenen Landessprache gefördert sowie Kenntnisse über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Werte und Normen und das Rechtssystem in der Schweiz erworben werden.
- 2.4. Wie Stadtpräsident Boris Banga ausführt, existiert eine fremdsprachige Klasse, in der man die Schüler ein Jahr lang unterrichten kann. Wenn er jetzt marxistisch-leninistisch argumentiert, so ist halt der Staat die Reparaturwerkstatt des Kapitalismus. Er kann Heinz Müller voll unterstützen. Die Frage ist, ob man nicht früher ansetzen müsste, nämlich bei denen, die die Fremdsprachigen in die Schweiz geholt haben. Es gibt Länder, in denen jede Firma, die einen Ausländer einstellt, auch für dessen Integration bezahlen muss. Dies ist in der Schweiz abgelehnt worden und jetzt fällt die Aufgabe dem Staat zu. Es sind sicher nicht die Linke oder die Gewerkschaften, welche die Ausländer in die Schweiz geholt hat. Es sind auch nicht die Asylbewerber, wie man oft hört; diese machen nur einen kleinen Teil aus.
- 2.5. Heinz Müller kann dem nicht ganz beipflichten. Die Wirtschaft hat sicher eine Zeit lang Leute gebraucht, aber heute hat man in der Wirtschaft das Problem, dass man über Leute verfügt, die man nicht mehr beschäftigen kann, weil ihnen die entsprechende Schulbildung fehlt. Es geht jetzt darum, dass man die Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich auf einen Standard bringt, dass sie die Schule gut überstehen, die Lehrer entlastet werden, sie eine Berufsschule absolvieren können und in der Wirtschaft integriert werden können.
- 2.6. Boris Banga erwidert, dass es gegenwärtig eine Zuwanderung von ausgebildeten europäischen Fachkräften (z.B. Deutsche etc.) gibt. Die Ausländer, welche heute Probleme verursachen, wurden in der Hochkonjunktur als billige Arbeitskräfte für die Bauwirtschaft und das Gastgewerbe in die Schweiz geholt und konnten danach nicht mehr zurückgeschickt werden.

- 2.7. Gemäss Gemeinderätin Clivia Wullimann fällt bezüglich der fremdsprachigen Schüler die Schulhausverteilung auf. Eine gerechte Verteilung der fremdsprachigen Schüler auf alle Schulhäuser ist schon lange ihr Anliegen. Es würde schon viel ausmachen, wenn man im Zentrum von den 63,5% wegkommen könnte. Das Schulhaus Kastels hat 34,4% Fremdsprachige. Er bittet die Geschäftsleitung Schulen Grenchen, die Sache an die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass zu einer gerechten Verteilung kommen könnte. Zwei oder drei fremdsprachige Schüler mehr im Kastels und Halden vermindert die Qualität des Unterrichtes nicht, im Zentrum hingegen schon, wo schon so viele fremdsprachige Kinder sind. Es wäre eine grosse Integrationsbemühung mit relativ kleinem Aufwand. Sie ist auch überzeugt, dass man die Schulwegproblematik lösen kann. Es ist wichtig, die fremdsprachigen Kinder frühzeitig zu integrieren. Wie soll ein Kind Deutsch lernen, wenn es mit anderen Fremdsprachigen zusammen ist? Es muss Gelegenheit bekommen, mit deutschsprachigen Kindern zusammen zu sein, damit es die Sprache überhaupt erlernen kann. Dies entspricht einem alten Postulat von Clivia Wullimann, und ist erst noch kostengünstig. Wenn die SVP schon an die Qualität appelliert, sollte sie auch bereit sein, mehr Geld zu investieren, etwas für den Schulunterricht zu unternehmen und Deutschzusatzkurse (neben dem Kanton) zu sponseren. Man kann nicht nur anprangern, man muss konkret etwas vorschlagen.
- 2.8. Roger Kurt führt aus, dass die Geschäftsleitung Schulen Grenchen die Problematik sieht. Sie wurde bereits im Statement von Barbara Leibungut angetönt. Wenn man die ganze Oberstufe ins Zentrum tun will, dann ist das Problem gelöst. Dann kann man die Kinder, die jetzt im Zentrum sind, auf die Peripherie verteilen. Allenfalls hat man dann aber ein Problem mit den x-hundert Oberstufenschülern im Zentrum

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Von den Ausführungen wird Kenntnis genommen.

Vollzug: GLSG

GLSG
 FGSG
 Bezirksschulkommission
 SV
 API
 FV
 Gemeindepräsidium Bettlach
 Schulleitung Bettlach

2.0.9 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2006

Bezirksschule: Sistierung einer Bezirksschulklasse auf das Schuljahr 2008/09

Vorlage: GLSG/08.01.2008

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Gemäss Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung, Schulleiter, Ressort Statistik und Prognosen, wurden in der Zeit der höchsten Schülerzahlen an der Bezirksschule jeweils elf Klassen geführt.
 - 1.2. Im laufenden Schuljahr besuchen 86 SchülerInnen die erste Klasse der Bezirksschule in Grenchen.
 - 1.3. Im kommenden Schuljahr wird die Schülerzahl für die 1. Klasse der Bezirksschule von 86 auf 66 sinken.
 - 1.4. Auf Grund der Prognosen werden für das nächste Schuljahr 66 SchülerInnen in die 1. Bezirksschule eingeteilt werden. Diese Schülerzahl ist zu niedrig, um 4 Parallelklassen zu führen, weshalb eine Klasse sistiert werden muss.
 - 1.5. Mit 3 Parallelklassen auf der 1. Bezirksschule sowie 4 Parallelklassen auf der 2. Bezirksschule sowie 3 Parallelklassen auf der 3. Bezirksschule kann ein SchülerInnen-durchschnitt von 21.4 pro Klasse erreicht werden.
 - 1.6. Die Sistierung einer Bezirksschulklasse hat personelle Konsequenzen. Zwei Lehrpersonen wurden auf Beginn des laufenden Schuljahres mit einem befristeten Jahresvertrag angestellt. Dieser Vertrag kann in Folge nicht erneuert werden.
2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.
3. Detailberatung
 - 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Für das Schuljahr 2008/09 werden nur drei erste Bezirksschulklassen geführt und in der Folge die 11. Bezirksschulklasse sistiert.

Vollzug: SL, SV

GLSG
FKSG
Bezirksschulkommission
SL Bezirksschule Grenchen-Bettlach
Gemeindepräsidium Bettlach
Schulleitung Bettlach
SV
FV
API

2.5.1.1 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2007

Kindergarten: Reduktion des Stellenetats um 2 Stellen, Sistierung zweier Kindergärten auf das Schuljahr 2008/09

Vorlage: GLSG/08.01.2008

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung, Ressort Statistik und Prognosen, werden zurzeit werden 263 Kindergärteler in 13 Kindergärten zu 100% unterrichtet. Im kommenden Schuljahr sinkt die Anzahl der Kindergärteler auf 230.
- 1.2. Die Vorgaben des Kantons Solothurn zur Bewilligung von Abteilungen an der Volksschule schreibt einen Klassendurchschnitt von 22 Kindergärteler pro Abteilung vor.
- 1.3. Im kommenden Schuljahr wird die Schülerzahl im Kindergarten sinken. Im laufenden Jahr weisen die Kindergärten einen Bestand von 263 Kindern auf (13,0 Stellen). Im Schuljahr 2008/09 muss von einer Anzahl von 230 Kindern ausgegangen werden, weshalb zwei Kindergärten sistiert werden müssen.
- 1.4. Aus prognostizierter Anzahl Kinder ergibt sich ein Stellenetat von 11,0 Vollpensen.
- 1.5. Mit 11 Kindergärten und der prognostizierten Anzahl von 230 Kindergärteler kann ein Klassendurchschnitt von 20,9 erreicht werden. Gemäss Anfrage wird der Kanton den Klassendurchschnitt von 20,9 Kindern pro Kindergarten bewilligen.
- 1.6. Die Sistierung zweier Kindergärten hat personelle Konsequenzen. An den Schulen Grenchen unterrichten Kindergartenlehrkräfte, welche auf das Schuljahr 2007/08 mit einem befristeten Jahresvertrag angestellt wurden. Dieser Vertrag kann in Folge nicht bei allen erneuert werden.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Thomas Marti möchte wissen, welche Kindergärten sistiert werden. Geht man vor wie in den Fällen Eichholz und Hofweg, wo die Kindergärten geschlossen wurden und das Material weggegeben wurde und wo die Kindergärtnerinnen bei der Wiedereröffnung ein Jahr später alles wieder neu beschaffen mussten.

- 2.2. Roger Kurt erklärt, dass der Brief der Schulverwaltung bezüglich der Einschreibung für den freiwilligen 5-jährigen Kindergarten nach den Sportferien verschickt wird. Aufgrund des Rücklaufs bis Mitte März 2008 wird der Ressortverantwortliche der Geschäftsleitung mit der Schulverwaltung prüfen, wo es die Massierung von Anmeldungen gibt. Man wird denjenigen Kindergarten schliessen müssen, der am wenigsten Anmeldungen aufweist. Aufgrund der Statistik sieht man, dass man in zwei Jahren die Kindergärten wieder öffnen müssen. Es ist deshalb angebracht, hier vorsichtig zu sein und das Material nicht zu verschenken.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Zwei Kindergärten werden auf das Schuljahr 2008/09 sistiert. Für das Schuljahr 2008/09 wird der Stellenetat im Kindergarten von 13,0 auf 11,0 Stellen reduziert.
- 4.2. Zwei Kindergärten werden auf das Schuljahr 2008/09 sistiert.

Vollzug: SL, SV

GLSG
FKSG
SV
FV
API

2.1.1.1 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2008

Schweizer Heimatschutz: Verleihung des Wakkerpreis 2008 an die Stadt Grenchen

Vorlage: BD/16.01.2008

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey stellt anhand von Schaubildern nochmals die Entwicklung der Stadt Grenchen vor und gibt ergänzende Erklärungen.

1.2. Am Mittwoch 16. Januar 2008 mit Sperrfrist 11.00h, wurde vom Schweizer Heimatschutz (SHS) landesweit die Pressemitteilung mit der Schlagzeile "Wakkerpreis 2008 an Grenchen" versandt, und zu einer Pressekonferenz im Mehrzweckraum des Schwerbehindertenheim Rodania in Grenchen eingeladen. Die offizielle Pressemitteilung des Schweizer Heimatschutzes liegt bei.

1.2.1 Der Wakkerpreis ist eine der begehrtesten und wertvollsten Auszeichnungen, welche Schweizer Gemeinden und Städte erhalten können. Der Schweizer Heimatschutz vergibt jährlich einer politischen Gemeinde den Wakkerpreis. Das Preisgeld hat mit CHF 20'000.-- eher symbolischen Charakter. Der Wert der Auszeichnung liegt nach Zitat Heimatschutz: "in der öffentlichen Anerkennung vorbildlicher Leistungen". Erstmals ermöglicht wurde der Wakkerpreis 1972 durch ein Vermächtnis des Genfer Geschäftsmannes Henri-Louis Wakker an den Schweizer Heimatschutz. Weitere seither eingegangene Legate erlauben es dem SHS, den Preis bis heute vergeben zu können. Der Wakkerpreis zeichnet Gemeinden aus, welche bezüglich Ortsbild- und Siedlungsentwicklung besondere Leistungen vorzeigen können. Die Auszeichnung von Stein am Rhein, Guarda, Ernen etc. in den 1970er Jahren erfolgte vor dem Hintergrund, dass die Erhaltung historischer Zentren nicht selbstverständlich war. Im heutigen Fokus stehen Gemeinden, die ihren Siedlungsraum unter zeitgenössischen Gesichtspunkten sorgfältig weiterentwickeln. Hierzu gehören insbesondere das Fördern gestalterischer Qualität bei Neubauten, ein respektvoller Umgang mit der historischen Bausubstanz sowie eine vorbildliche, aktuelle Ortsplanung.

1.2.2 Schweizer Heimatschutzes politische Gemeinden in Frage, die folgende Kriterien erfüllen:

1. *Eine qualitative Weiterentwicklung und Aufwertung des Ortsbildes unter zeitgenössischen Gesichtspunkten ist sichtbar.*
2. *Der respektvolle Umgang mit der alten Siedlungsstruktur einerseits und der bestehenden Bausubstanz andererseits zeigt sich im Ortsbild.*

3. *Die Gemeinde setzt sich aktiv für eine überdurchschnittliche architektonische Qualität ein (Beratung, Motivation) und geht bei eigenen Bauvorhaben mit gutem Beispiel voran (z.B. mittels Architekturwettbewerben).*
 4. *Die Ortsplanung ist aktuell und begünstigt eine Entwicklung im Sinne des ausgeschriebenen Wakkerpreises.*
 5. *Für die Gesamtbeurteilung sind weiter ausschlaggebend: Landschafts- und Umgebungsschutz, Verkehrsplanung, Wohnqualität, Nachhaltigkeit.*
- 1.2.3 Die Stadt Grenchen wurde erstmals im Winter 1999/2000 von der Wakkerkommission besucht. Die Kommission setzt sich aus landesweit hoch angesehenen Fachleuten aus den Bereichen Architektur, Denkmalpflege/Kunsthistorik, Planung und Recht zusammen. Der Kommission sind damals insbesondere die Absichten und Bekenntnisse zur schrittweisen Aufwertung des Grenchner Stadtzentrums, die neue Verkehrskonzeption sowie die neuen Grundlagen der Ortsplanung aufgefallen. Der bewusste Umgang mit der guten Architektur der 50er Jahre und deren Sanierungskonzepte mit Wettbewerben (Schulhäuser Kastels und Halden, Schwimmbad, etc) wurden ebenfalls beachtet. Ein weiterer angemeldeter Besuch erfolgte 2004. Die weiteren Arbeiten an der Stadtentwicklung wurden diskret und ohne Wissen der Baudirektion von der Wakkerkommission während der letzten Jahre mitverfolgt.
- 1.2.4 Im Sommer 2007 erhielt der Stadtbaumeister die Aufforderung, Dokumente und weitere Unterlagen zur Raum- und Stadtentwicklung mit Behördenbeschlüssen beim Heimatschutz einzureichen. Am 5. Oktober 2007 fand unter der Führung des Stadtbaumeisters eine vertiefte Visite Grenchens durch die Wakkerkommission statt. Am 24. November 2007 wurden Claude Barbey und Jürg Vifian persönlich nach Weinfelden eingeladen, um die Bemühungen und Absichten der Stadt Grenchen anlässlich der Tagung des Schweizerischen Zentralvorstandes nochmals vorzustellen. Darauf beschloss der Zentralvorstand des Heimatschutzes einstimmig, den Wakkerpreis 2008 der Stadt Grenchen zuzusprechen. Der Stadtbaumeister und sein Stellvertreter wurden verpflichtet, die Angelegenheit bis 16. Januar 2008 auch gegenüber der politischen Behörde und verwaltungsintern vertraulich zu behandeln.
- 1.3. Der Wakkerpreis gehört zweifellos zu den anerkanntesten und auch beliebtesten Auszeichnungen, welche an ein öffentliches Schweizerisches Gemeinwesen erteilt wird. Seine publizistische Wirkung ist landesweit gross und nachhaltig und deshalb begehrt. Für die Stadt Grenchen bedeutet der Preis eine einmalige Chance, um das Image der Stadt nach Innen wie nach Aussen nachhaltig aufzuwerten. Die Auszeichnung liefert auch den unverfälschlichen Beweis, dass die begonnenen Aufwertungsstrategien Grenchens nicht nur wahrgenommen, sondern auch als besondere Leistung betrachtet und gewürdigt werden. Die Stadt Grenchen befindet sich somit auf dem richtigen Weg. Eine bessere Bestätigung kann sich Grenchen und seine Bevölkerung nicht wünschen.
- 1.3.1 Grenchen besitzt als junge Stadt ohne historischen Kern eine gute Baukultur des 20. Jahrhunderts. Bereits anlässlich der ersten Wohntage 1996 betonte der damalige Referent und ETHZ Professor Franz Oswald: "die Siedlungsentwicklung Grenchens verdiente als gesellschaftliche Leistung grossen Respekt". Eine Äusserung, die damals viele Grenchnerinnen und Grenchner aber auch Auswärtige etwas erstaunen liess. Mit dem neutralen "Label Wakkerpreis" wird diese Aussage nun untermauert.

Im Vordergrund der Auszeichnung steht insbesondere die beharrliche Arbeit der letzten 12 Jahre, zur schrittweisen und kontinuierlichen Verbesserung des Stadtbildes und Weiterentwicklung der gebauten Stadt, welche nun erste nachhaltige Ergebnisse und Wirkungen zeigt. Dabei sind auch die Anstrengungen privater Bauherren zu würdigen (z.B. Breitling, Rodania etc.). Die gute Zusammenarbeit von Politik, Kommissionen und Verwaltung wird ebenfalls hervorgehoben.

- 1.3.2 Der Wakkerpreis 2008 enthält für die Stadt Grenchen auch eine Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg weiterzuführen und öffentliche wie private Baukultur zu unterstützen und zu fördern. Die offizielle Preisübergabe wird am 28. Juni 2008 anlässlich eines öffentlichen festlichen Rahmens erfolgen, gleichzeitig wird der Schweizer Heimatschutz und die Sektion Solothurn in Zusammenarbeit mit der Stadt Grenchen eine Publikation/Faltprospekt „Baukultur entdecken“, mit einem öffentlichen Rundgang, ausarbeiten. Die Kosten werden üblicherweise durch die ausgezeichnete Gemeinde, dem SHS und durch private Sponsoren aufgeteilt. Diese Publikationen und Rundgänge werden im Mai 2008 schweizweit den Medien vorgestellt.
- 1.4. Begleitpublikation zum Wakkerpreis 2008
- 1.4.1 In der Begleitpublikation werden anhand eines Architekturrundganges verschiedene qualitätsvolle Gebäude in Grenchen vorgestellt. Ein Faltblatt beschreibt ca. 20 architektonisch und kulturell interessante Objekte, die zu Fuss besichtigt werden können. Das Angebot richtet sich an eine breite Öffentlichkeit, vor allem an Kulturinteressierte und soll nicht nur einen Einblick in die hochwertige Architektur der Gegenwart und der Vergangenheit geben, sondern die Einheimischen und die Besucherinnen und Besucher allgemein für die Baukultur und die Geschichte der Stadt sensibilisieren.
- 1.4.2 Der Rundgang wird auf einem Faltprospekt in ansprechender Weise dargestellt. Ein einfach verständlicher Text stellt die einzelnen Objekte in einen architektonisch -kulturellen Zusammenhang und verweist auf Besonderheiten. Die Objekte werden mit Abbildungen illustriert. Die Faltprospekte sollen kostenlos erhältlich sein. Die genaue Auflage ist noch zu bestimmen, wird aber voraussichtlich im Bereich von ca. 20'000 Stück liegen.
- 1.4.3 Der Faltprospekt "Baukultur entdecken - Grenchen" ist Teil einer langfristig angelegten Publikationsreihe, die unter anderem bereits die Wakkerpreisträger der Vorjahre (Altdorf, Delémont, SBB,) zum Thema hatte. Diese Reihe besteht mittlerweile aus über 20 Faltblättern. Sie soll in den nächsten Jahren, unter Beibehaltung des Erscheinungsbildes, weitergeführt werden. Die Publikation muss Ende April 2008 druckbereit vorliegen.
- 1.5. Das Wakkerpreisfest 2008
- 1.5.1 Am 28. Juni 2008 soll die offizielle Preisübergabe stattfinden. Als Standort drängen sich der Marktplatz mit Stadtdach oder der neue Kunsthausgarten auf. Es muss einrichtiges Volksfest stattfinden mit Musik und Festbühne etc. Dabei könnten auch BGU-Rundfahrten (und z.B. Ballonflugwettbewerb) unter dem Motto Grenchen neu entdecken organisiert werden. Als zusätzlicher Festredner sollte eine aussen stehende Persönlichkeit gewonnen werden. Nach Aussage des HSH kann bei einem attraktiv organisierten Fest mit nationaler Pressepräsenz gerechnet werden (Radio, TV). Dabei sind auch die Nachbarstädte und Nachbargemeinden, Organisationen etc. einzuladen.

- 1.5.2 Ein Volksfest ist unbedingt durchzuführen, dies wird vom SHS auch in einer geeigneten Form erwartet, es würde die einmalige Gelegenheit bilden, das Grenchner Selbstbewusstsein wieder zu stärken. Der Termin passt auch in die Aktivitäten der Euro 08 (Finalspiel am 29. Juni 2008).
- 1.6. Parcours und Sommerausstellung: "Grenchen neu entdecken"
 - 1.6.1 Erfahrungsgemäss zieht der Wakkerpreis eine grosse Reihe von Besuchern an. Der bereits geplante Stadtrundgang mit Tafeln muss ergänzt werden. Die Thematik und die wichtigen Orte des Wakkerpreises müssen in den Rundgang einfließen. Es ist zu prüfen, mit welchem Aufwand eine Sommerausstellung im Freien ev. mit einer Film-Dokumentation realisierbar sind. Eine Filmdokumentation hätte für die nächsten Jahre eine Nachhaltigkeit für das Standortmarketing. Wenn zeitlich möglich, ist das Thema auch für die MIA 2008 aufzunehmen.
 - 1.6.2 Solothurn- und Grenchen-Tourismus organisieren überregionale Führungen in Zusammenarbeit mit dem SHS.
- 1.7. Webseite / Internetauftritt
 - 1.7.1 Die Frontseite der Homepage wird mit dem Logo des Wakkerpreises "Wakkerpreis 2008 Grenchen" während dem ganzen Jahr 2008 ergänzt. Über dieses Logo sind alle Aktivitäten zum Wakkerjahr zu verlinken und nachzuführen.
- 1.8. Weitere Aktionen der Stadt Grenchen
 - 1.8.1 Klebeetiketten mit dem Logo "Wakkerpreis 2008 Grenchen" werden auf die ausgehende Post der Stadtverwaltung aufgeklebt. Die Frankiermaschinen können ebenfalls mit dem Logo eingerichtet werden (sog. Postwerbeflagge).
 - 1.8.2 Mit der Post wird zudem geprüft, ob eine philatelistische Sonderausgabe mit Sonderstempel für den 28. Juni 2008 und ein neuer Grenchner Stempel möglich wären.
 - 1.8.3 Die Ortseingänge sind mit dem Logo "Wakkerpreis 2008 Grenchen" auszustatten, ebenfalls die beiden Bahnhöfe.
- 1.9. Gewerbeaktionen
 - 1.9.1 Das Grenchner Gewerbe soll ebenfalls vom Preis profitieren, es soll angehalten werden, mit Aktionen wie z.B. Bäckerei- oder Fleischprodukte und anderen kreativen Aktionen die Publizität des Preises zu nutzen. Inwieweit auch der HIVG für Aktionen gewonnen werden kann, muss geprüft werden.
- 2. Eintreten
 - 2.1. Stadtpräsident Boris Banga dankt Claude Babey, Jürg Vifian, Jürg Iseli, aber auch dem Gemeinderat und der ganzen Stimmbürgerschaft, da viele Projekte, die realisiert wurden, bis an die Gemeindeversammlung, teilweise an die Urne gehen mussten. Eigentlich ist es ein Verdienst, wenn auch unter der Federführung dieser Protagonisten, der ganzen Stadt.

- 2.2. Daniel Trummer ist von gut unterrichteten Kreisen informiert worden, dass Claude Barbey seine Sache in Weinfeldern sehr gut gemacht habe. Dann mussten der Stadtbaumeister und Jürg Vifian den Tagungssaal verlassen, worauf sich Claude Barbey draussen wie ein werdender Vater im Kreissaal benommen habe. Für Daniel Trummer sind die Kriterien die vom Heimatschutz vorgegeben sind, ganz wichtig: qualitative Weiterentwicklung und Aufwertung des Ortsbildes, respektvoller Umgang mit der alten Siedlungsstruktur und der Bausubstanz - beide Punkte sind in Grenchen sichtbar, wenn man die Augen öffnet -, der Einsatz der Gemeinde für eine überdurchschnittliche architektonische Qualität (Wettbewerb Kunsthaus etc.), die aktuelle Ortsplanung usw. Zur Erfüllung dieser Punkte haben Behörden, Verwaltung, Kommissionen, Gemeinderat und nicht zuletzt auch die Befürworter von entsprechenden Massnahmen in der Bevölkerung von Grenchen beigetragen. Einen besonderen Verdienst am Werk Wakkerpreis haben der Stadtpräsident, Stadtbaumeister und sein Stellvertreter. Die SP ist mächtig stolz auf die Stadt Grenchen und den Wakkerpreis. Über 100 Jahre wird die Stadt von SP-Ammännern regiert. Dies ist der Grund, weshalb auch die SP der Stadt Grenchen ein Stück der Wakkerpreis-Ehre in Anspruch nimmt. Der Wakkerpreis ist ein Meilenstein in der Grenchner Stadtentwicklung. Entwicklung heisst, dass es weiter geht. Die SP konnte die Vorlage an ihrer Fraktionssitzung nicht behandeln. Daniel Trummer findet die darin erwähnten Ideen gut. Angesichts des Faltprospektes mit den Bildern der wunderbaren Bauten in Grenchen, wäre es gut, wenn man auch neue Postkarten anfertigen könnte.
- 2.3. Gemeinderat Christian Hetzel hat am vergangenen Mittwoch während der Mittagsnachrichten im ersten Moment gemeint, er habe sich verhöhrt: "Wakkerpreis 2008 geht an die Stadt Grenchen", hiess es in den Schlagzeilen der Nachrichten. Grenchen erhält einen Heimatschutzpreis? Beim genauen Hinhören musste er erst einmal seine Vorstellungen vom Heimatschutz revidieren und gleichzeitig fühlte er, wie der Stolz in ihm aufstieg, Einwohner der 2008 ausgezeichneten Stadt zu sein. Die FdP-Fraktion zeigt sich hocherfreut über die erhaltene Auszeichnung. Der Wakkerpreis belohnt eine städtebauliche Politik der kleinen aber kontinuierlichen Schritte. In den vergangenen ca. 12 Jahren ist es der Stadt gelungen, viele verschiedene lose Körperschaften zu einem Gesamten zusammenzuführen. Sicher auch dank der Autobahn konnte die Stadt Grenchen massiv vom Verkehr entlastet und eine neue Lebensqualität geschaffen werden. Kürzlich hat er ein Bild der alten T5 gesehen. Es ist heute unvorstellbar, dass sich soviel Verkehr durch Grenchen zwingt. Die FdP dankt für die grossartige Auszeichnung. Einerseits dankt sie dem schweizerischen Heimatschutz und der Wakkerpreiskommission dafür, dass die Gremien die qualitativen Vorzüge Grenchens gesehen und honoriert haben. Die FdP dankt aber auch allen am Werk beteiligten Personen, vorneweg Stadtbaumeister Claude Barbey. Er war es, der in den vergangenen Jahren das Schiff kontinuierlich vorwärts steuerte und auch bei Gegenstrom das Manövrieren im Griff behielt. Die Fraktion dankt auch den ehemaligen politischen Mandatsträgern, die ebenfalls sehr gute Arbeit geleistet und es ermöglicht haben, dass zielgerichtet weitergearbeitet werden konnten. Auch all den privaten Investoren (Industrie, Gewerbe, Private, Dienstleistung), welche durch tolle Projekte und Objekte zum Ortsbild beigetragen haben, gebührt ein besonderer Dank. Nicht zuletzt dankt die FdP allen Grenchnerinnen und Grenchnern, die durch ihr aktives „Bürger-sein“ und durch ihre Einflussnahme an Abstimmungen zu diesem Resultat beigetragen haben. Es gilt nun sicher, diesen Schwung weiter zu tragen. Einerseits ist man gefordert, in der Innenstadt baulich, gestalterisch und verkehrstechnisch am Ball zu bleiben.

Weiter muss man denn Gewerbetreibenden, den Laden-Geschäften in der Stadt den Rücken so stärken, dass ihre Bemühungen, Menschen in die Stadt zu bringen, Früchte tragen. Auch im Verkehrsbereich sind noch einige Knackpunkte zu lösen. Er denkt dabei an Verkehrssituationen, die vor allem zu Stosszeiten unbefriedigend sind, oder auch an Probleme des BGU, damit er seinen Fahrplan einhalten kann. Es gilt aber auch, Grenchen ausserhalb des Zentrums nicht zu vergessen. Der Wakkerpreis alleine bringt wahrscheinlich noch keine neuen Steuerzahler nach Grenchen. Da gilt es, in der Quartierentwicklung ein besonderes Augenmerk auf etliche Punkte zu legen. Grenchen muss als guter Wohn- und Lebensstandort wahrgenommen werden. Die FdP-Fraktion wird am 20. Februar 2008 die Ausstellung „Grenchen nein danke - ich lebe gerne in meinem Quartier“ unter kundiger Führung besuchen. Dies wird ihr zusätzliche Impulse geben, um den rollenden Prozess "Stadtentwicklung" mitzugestalten. Der Wakkerpreis ist ein erreichter Meilenstein, über den man sich gerechtfertigt riesig freuen darf. Man sollte also die Freude und den aktuellen Schwung beibehalten. Dies stärkt alle Grenchnerinnen und Grenchner, auf dem eingeschlagenen Weg vorwärts zu gehen und die Vorzüge von Grenchen noch stärker ins Land hinauszutragen. Die FdP freut sich riesig über den Wakkerpreis und dankt noch einmal allen Beteiligten, die zu dieser Auszeichnung beigetragen haben.

- 2.4. Laut Gemeinderat Marcel Boder schliesst sich die SVP dem Dank an. Dieser Tage konnte man in Überschriften "Wackerpreis" anstatt "Wakkerpreis" lesen. Sicher hat Grenchen die begehrte und wertvollen Auszeichnung nicht erhalten, weil man einen FC Wacker in Grenchen hat, sondern weil Grenchen eine schöne grüne Stadt ist. Er ist in Grenchen aufgewachsen und wehrt sich immer, wenn Negatives aus der Stadt zu vernehmen ist. Sicher sind in den letzten 50 Jahren auch Fehler gemacht worden, als die alte Post und die Burgunderhalle etc. abgerissen wurden. Das Stadtbild von Grenchen wäre heute noch viel wertvoller. Zum Glück wurde der Sprungturm, das Wahrzeichen des Gartenbades, nicht gesprengt. Nichtsdestotrotz hat Grenchen den Wakkerpreis erhalten und auf die Auszeichnung kann man wirklich stolz sein. Für ihn ist dies der beste Beweis, dass die Städterangliste total unseriös und unbedeutend ist. Es kann ja nicht sein, dass eine Wakkerpreisträgerin zuunterst auf dieser Liste steht. Für die Grenchnerinnen und Grenchner bedeutet die Auszeichnung, dass man jetzt alles daran setzen muss, um den Schwung voll auszunutzen. Es ist eine einmalige Chance, das Image nach innen wie nach aussen aufzuwerten. Ein Rahmenprogramm mit dem Amt für Kultur, dem Standortmarketing, Grenchen Tourismus muss gemäss Vorlage umgesetzt werden und dies so rasch wie möglich. Die SVP -Fraktion wartet gespannt auf ein Konzept der Baudirektion und stimmt der Vorlage zu.
- 2.5. Die CVP, so Gemeinderat Thomas Marti, schliesst sich dem Dank ebenfalls an und freut sich ausserordentlich, dass die Stadt Grenchen den Wakkerpreis erhält. Es ist der Verdienst jahrelanger Arbeit und Planung. Die Auszeichnung erstaunt schon ein wenig, wenn man bedenkt, was Grenchen in den 70er und 80er Jahren alles abgerissen hat (z.B. Burgunderhalle, Schweizerhalle, alte Post). Vielleicht wäre man dann eher zum Wakkerpreis gekommen. Jetzt gilt es aber, den Wakkerpreis gebührend zu feiern und zugleich zu vermarkten. Die CVP ist für Eintreten und kann der Vorlage zustimmen.
- 2.6. Boris Banga bemerkt, dass die alte Post in den 50er Jahren abgerissen wurde. Er möchte nochmals der Bevölkerung besonders danken. Nach der grossen Uhrenkrise hat die ETA Anfang der 80er Jahre die Swatch erfunden. Es ging plötzlich aufwärts.

Die 2'000 Mitarbeitenden der ETA, die zuvor ihre Köpfe gesenkt hatten, liefen plötzlich anders herum. Ähnlich sollten nun auch die Grenchnerinnen und Grenchner mit erhobenem Haupt herumgehen und stolz auf ihre Stadt sein, die sich nicht vor Solothurn und Biel verstecken muss. Boris Banga dankt dem Gemeinderat für die gute Aufnahme der Vorlage.

- 2.7. Claude Barbey gibt den Dank an den Gemeinderat zurück. Es war manchmal auch eine harte Zusammenarbeit. Er hat sich immer unterstützt gefühlt, auch wenn man im Detail lange Diskussionen geführt hat. Die politische Behörde ist hinter der Baudirektion gestanden, und er hofft, dass sie dies weiterhin tun wird. Die Baudirektion jedenfalls wird ihr Bestes gegeben, damit dies weiterhin so bleibt.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat zeigt sich über den Wakkerpreis 2008 Grenchen sehr erfreut. Diese Auszeichnung muss während dem ganzen Jahr für die Verbesserung des Grenchner Images so optimal wie möglich genutzt werden.
- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt, dem Gemeinderat in Koordination mit dem Standortmarketing, Amt für Kultur sowie Grenchen Tourismus und weiteren allfälligen Partnern ein Konzept für das Rahmenprogramm "Wakkerpreis 2008 Grenchen" mit Budget zu unterbereiten.
- 4.3. Das Konzept mit Budget und Zeitplan muss anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 26. Februar 2008 zur Genehmigung vorliegen.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD
WIRA
Standortmarketing
Grenchen Tourismus
Stapo
AfK

3.2.2 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2009

Motion Fraktion SP: Sportstättenplanung: Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Datum vom 18. September 2007 reichte die SP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichnerin: Marianne Rossier):

- 1.1. *Motionstext*

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat bis Ende Jahr 2007 einen Vorschlag für das weitere Vorgehen zu unterbreiten, damit so bald als möglich ein zukunftsgerichtetes und nachhaltiges Konzept für die zukünftige Nutzung des Gebiets Grenchen Süd, Sportstätten, vorgelegt werden kann, wobei Federführung und Koordination durch die Stadt Grenchen zu erfolgen haben und die betroffenen und interessierten Vereine, Institutionen, Organisationen und Personen möglichst einzubeziehen sind.

Begründung:

Schon seit längerer Zeit ist das Gebiet Grenchen Süd, Sportstätten, in der Diskussion bezüglich der aktuellen und der zukünftigen Nutzung durch die betroffenen und interessierten Vereine und Organisationen. Unter anderem wird dabei an die weitere Zukunft der MIA sowie an die kleineren Vereine gedacht.

Es ist deshalb unumgänglich, das weitere Vorgehen möglichst bald und gut zu koordinieren und die Beteiligten im Hinblick auf einvernehmliche Lösungen einzubeziehen. Es ist deshalb sinnvoll, wenn die Behörden der Stadt Grenchen, insbesondere der Gemeinderat, federführend und koordinierend einbezogen werden.

- 2 Begründung Motionärin

- 2.1. Laut Gemeinderätin Marianne Rossier geht es bei diesem Traktandum im weitesten Sinn um Sport. Im Sport ist das richtige Timing oft von grosser Bedeutung und kann entscheiden über Erfolg oder Misserfolg. Nicht nur im Sport, auch in der Politik, ist das richtige Timing wichtig. Und, da müssen die GR-Mitglieder ihr sicher zustimmen, das Timing dieser Motion ist nahezu perfekt. Vor wenigen Tagen sind zwei Bauwerke im Gebiet der Sportstätten im Rahmen von der Verleihung des Wakkerpreises auf nationaler Ebene gewürdigt worden. In den letzten Wochen hat sich offenbar bezüglich Interesse von möglichen Investoren einiges bewegt.

Und heute bereits kann der Gemeinderat über eine Motion befinden, die das Gebiet Sportstätten und seine weitere Zukunft zum Inhalt hat. Es wäre vermessen, da einen Zusammenhang zu konstruieren. Aber wer hat im September des letzten Jahres, als die Motion eingereicht wurde, diese Entwicklung voraussehen können? Jetzt gilt es, den positiven Trend zu nutzen und in konkrete Formen zu bringen.

- 2.2. Mit der Motion soll der Anstoss gegeben werden zu hoffentlich erfolgreichen Arbeiten im Zusammenhang mit der weiteren Planung und, wer weiss, der allfälligen Projektierung von weiteren Bauten, die dann vielleicht in Zukunft auch eine positive Würdigung erfahren und unserer Stadt vorteilhafte Schlagzeilen verschaffen. Im Gebiet der Sportstätten treffen mannigfache Interessen aufeinander treffen – diejenigen der vielen interessierten und dort bereits oder zukünftig aktiven Vereine, der mia, des Schwimmbades, der Boccia- und der Tennishalle, sogar des Flughafens und allen Benütze/innen dieser Einrichtungen. Ausserdem ist das Gebiet für alle Einwohnerinnen und Einwohner als Naherholungsgebiet von Bedeutung und es ist in den letzten Jahren durch die Renaturierung massiv verschönert und aufgewertet worden. Die Motion verlangt lediglich, dass der Gemeinderat in die jetzt bevorstehenden Aktivitäten im Zusammenhang mit Abklärungen, Planungen etc. möglichst von Anfang an einbezogen wird, damit möglichst viele Ideen frühzeitig einfließen können und das weitere Vorgehen breit abgestützt werden kann. In dem Sinn bittet sie den Rat, der Motion zuzustimmen und sie als erheblich zu erklären.

3. Erläuterungen

- 3.1. Gemäss Stadtbaumeister Claude Barbey ist das Areal der Sportstättenzone insgesamt zu ca. 80% bis 85% genutzt. Der grösste Teil des Areals bietet Trainings- und Spielmöglichkeiten für den Fussball. Weitere Nutzungsschwerpunkte bilden das Gartenbad und die Leichtathletikanlage des so genannten Turnerstadions, weiter ist auch eine bestimmte Fläche im Baurecht für den Reitsport und Tennishalle ausgeschieden. Die ungenutzten Restflächen im Süden des Gebietes dienen heute noch als Weide- oder Landwirtschaftsfläche. Die Zone könnte in Bezug zum bestehenden Siedlungsraum südlich bis zum Flughafenkreisel ausgedehnt werden, eine weitere Vergrösserung wäre nicht realistisch und raumplanerisch nicht zu rechtfertigen.

3.2. Architektur und Raumqualität

Die bestehenden Bauten und Anlagen, insbesondere das Schwimmbad und die Tribüne des Fussballstadions und auch die „Islerschalen“ der Tennishalle zeichnen sich durch ihre hohe architektonische Qualität aus. Mit diesen heute immer noch richtungweisenden Bauwerken der 50er Jahre wird ein *architektonischer Landmark* von hohem Niveau definiert, diese Qualitätsstandards gilt es bei neuen Bauten zu übernehmen und beizubehalten! Der Schwimmbadkomplex wurde seit 1999 kontinuierlich und mit strenger gestalterischer Sorgfalt (Architektursprache der 50er Jahre) saniert. Die Tribüne des Stadions ist optisch auf den ersten Blick gut unterhalten, doch zeigen sich bei diesem Bauwerk einige ernsthafte Mängel, welche langsam die Bausubstanz zu beeinträchtigen beginnen. Bevor beim Stadion mit grösseren Sanierungsarbeiten begonnen wird, sollte besonders im Sektor Fussballstadion Brühl die Nutzungs- und Zonenfrage im Sinne der Motion geprüft und neu überdacht werden. Eines der auffälligsten und wichtigsten Merkmale der Sportstättenzone ist ihre Grosszügigkeit und die klare Anordnung der Anlagen.

Durch die konsequente orthogonale Disposition und Abfolge der Sportanlagen erhält die Zone eine überdurchschnittliche Raumqualität. Dieses einmalige und grosszügige Raumgefühl muss unbedingt beibehalten werden. Dies verlangt für zukünftige Bauten und Anlagen sowie weitere Interventionen eine grosse Sensibilität zum Ort und eine Weiterführung der sehr guten architektonischen Qualität. Beim neuen BBZ ist dies beispielsweise gelungen.

Beispiel die Tribüne des Fussballstadion Brühl: Die Anlage dominiert, als einer der ersten Bauten in der Sportstättenzone, sehr stark die übergeordnete räumliche Ausrichtung. Das BBZ hat z.B. 30 Jahre später mit seiner Disposition diese Raumordnung übernommen und richtigerweise weitergeführt.



Copyright Bilder Keystone

3.3. Aktuelle Nutzungskonflikte

Es ergeben sich in der letzten Zeit wiederholt diverse Nutzungs- und Zielkonflikte zwischen Fussballspielfelder, Fussballtrainingsfelder, Ausstellungsflächen, Parkplätzen, Circus- und anderweitigen Veranstaltungen, Rummelplatz, Turnerstadion mit Leichtathletik und Schulsport.

3.4. Zustand der bestehenden Anlagen und Bauten

- Schwimmbad: Diese vom Schweizer Heimatschutz gewürdigte Anlage befindet sich in der Schlussphase einer Gesamtrenovation. Der Allgemeinzustand ist gut.
- Fussballtribüne: Auch dieses Bauwerk der späten 50er Jahre hat ein hoher architektonischer Stellenwert. Das Bauwerk muss jedoch demnächst sanft saniert werden: Dichtigkeitsprobleme, Sanitäranlagen etc. Bei Erweiterungslösungen oder Ergänzungsbauten ist auf die Qualität der bestehenden Anlage zwingend Rücksicht zu nehmen.
- Fussballplätze: die Plätze entsprechen im Allgemeinen nicht mehr den Anforderungen an Rasenspielfelder. Die Rasenfelder verfügen nicht über genügende Trainagen, was oft zu Übernässungen und Platzsperrungen führt.
- Das Turnerstadion ist im Privatbesitz des Turnervereins. Die Sprinteranlage ist in schlechtem Zustand und müsste auch ausnivelliert werden. Der Belag genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Auch der Garderobebereich ist diesbezüglich sanierungswürdig.

3.5. Anstehende Fragen und Sanierungsprobleme

Allfällige weitere Nutzungserweiterungen oder Kombinationen haben wesentlichen Einfluss auf die Sanierungskonzepte der Stadiontribüne und der Turneranlage. Bevor nicht konzeptionelle Überlegungen allfälliger Ergänzungs- und Erweiterungsnutzungen über die ganze Sportstättenzone vorliegen, ist mit grösseren Investitionen an diesen Bauwerken zuzuwarten. Eine Überprüfung des Sportstättenkonzeptes steht an.

3.6. Möglichkeiten des weiteren Vorgehens

3.6.1 Geführte Gespräche

Der Stadtbaumeister und teilweise auch der Stadtpräsident führten mit einem Investor von Stadionausbauten ein erstes Informationsgespräch. Es zeigt sich deutlich, dass mit den Mehrfachturnhallen und reinen Sportnutzungen sich ein solches Projekt kaum rechnen lässt. Aus ökonomischen Gründen sind auch Mantelnutzungen (Läden, Parking, Fitness/Wellnesseinrichtungen, Ausstellungseinrichtungen und dgl.) erforderlich. Ob dies an diesem Standort in Konkurrenz zu andern Zentren in der Region realistisch ist, wäre Gegenstand weiterer vertieften Abklärungen.

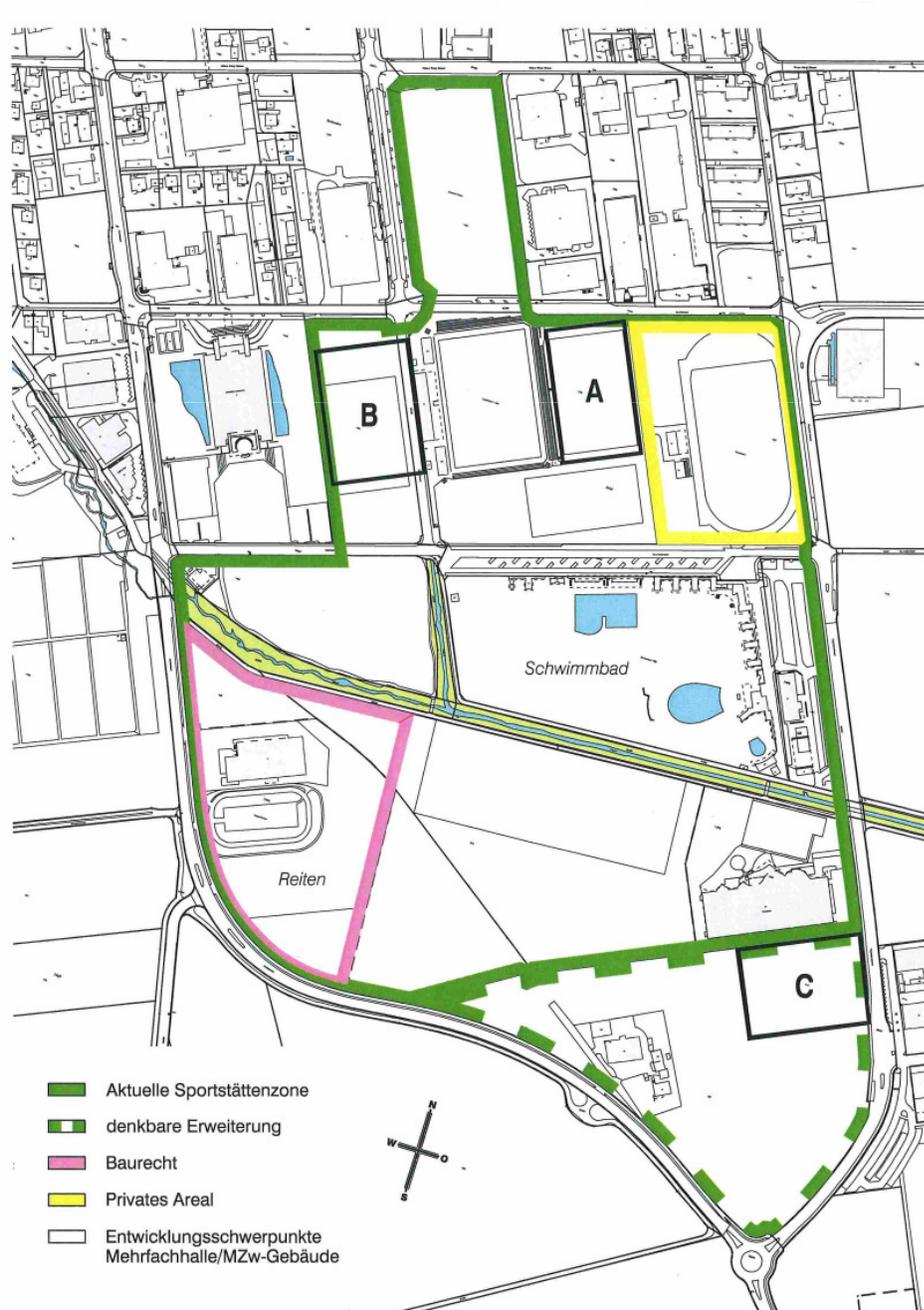
3.6.2 Bestehende Projektideen

Unabhängig haben sich innerhalb von zwei Monaten zwei Initianten von Projektskizzen bei der Stadtverwaltung gemeldet. Einerseits hat der Turnverein die Idee aus eigener Kraft eine Mehrfachturnhalle zur Hälfte auf öffentlichem und privatem Grund zu erstellen. Die Prüfwerte Idee muss jedoch betreffend Situation und Standort überdacht werden. Die dargelegten übergeordneten Vorgaben der Sportstättenzone müssen unbedingt berücksichtigt werden.

3.6.3 Nutzungs- und räumliche Entwicklungsschwerpunkte innerhalb der Zone

In nachstehendem Zonenausschnitt sind die städtebaulichen Prämissen der Sportstättenzone mit ihrer gegebenen und dominanten, orthogonalen Gliederung deutlich zu erkennen. Es zeichnen sich grundsätzlich drei bauliche Entwicklungsschwerpunkte, ab welche sich für eine bauliche Mehrfachnutzung anbieten.

- A) Baufeld östlich der Stehtribüne: Mit diesem Standort liessen sich die Nutzungsziele des Turnvereins wie des Fussballstadions am ersten vereinen. Ein Baukörper im Feld A würde die Möglichkeit bieten, gleichzeitig die Osttribüne auszubauen. Für den Platzverlust müsste ein zusätzliches Fussballfeld im Süden errichtet werden.
- B) Bauvolumen am MIA-Standort: eine Verbindung zum Stadion Brühl wäre schlecht zu bewerkstelligen. Ergibt eine eher autonome Lösungsvariante.
- C) Autonomes Mehrzweckgebäude südlich der Tennishalle; Zonenmässige Erweiterung der Sportstättenzone wäre unabdingbar. Eignet sich als Standort für eine MZW-Gebäude auch verkehrstechnisch vorzüglich. Ergibt gegenüber Fussball und andern Sportarten eine abgelöste autonomere Nutzung.



3.7. Fazit

3.7.1 Folgende Planungsschritte drängen sich auf:

- Grundsätzlich ist in erster Priorität ein neuer Standort für ein Fussball-Trainingsfeld festzulegen.
- Ein neuer Mehrzweckbau muss die in der Zone bestehenden Nutzungskonflikte lösen beziehungsweise entflechten. Initiativen privater Trägerschaften sind zu unterstützen, die Synergien sind mit allen Breitensporttätigkeiten auszunutzen, Einzelprojekte können politisch nicht unterstützt werden.
- Die räumliche und architektonische Qualität der Sportstättenzone ist als Auflage zu erhalten. Neubauprojekte müssen sich in Gesamtbild und Konzept einordnen.
- Die Wirtschaftlichkeit von Mantellösungen ist vertieft zu untersuchen. (Ausweitung der Ausstellungstätigkeiten, Kultur, Kommerz etc.).
- Eine Erweiterung der Sportstättenzone bis zur Kantonstrasse ist mit dem Baudepartement zu prüfen.

3.8. Claude Barbey empfiehlt, die Motion Sportstättenplanung erheblich zu erklären.

4. Diskussion

- 4.1. Für Gemeinderat Heinz Müller ist jetzt sicher der Zeitpunkt gekommen, wo man über ein Mehrzweckgebäude diskutieren kann. Für die SVP ist wichtig, dass man möglichst viele Bedürfnisse befriedigen kann. Die Mehrzweckhalle sollte mehrfach genutzt werden können: z.B. für Sportvereine, das Gewerbe und die Industrie (z.B. Ausstellungen wie die mia), die Kultur (Ausstellungen, Theatervorführungen) und die öffentliche Hand (Durchführung von Anlässen wie Kulturpreis, Sportlerehrung etc.). Die grösste Herausforderung wird sein, für alle Interessenten die richtige Infrastruktur einzubauen. Eine weitere Herausforderung wird sein, den richtigen Standort zu wählen. Hier kommt es vermutlich auf die Infrastruktur wie Parkplätze und die Zufahrtsmöglichkeiten an. Die Varianten A, B, C haben sicher alle Vor- und Nachteile, die man hier aber noch nicht diskutieren will. Die SVP hat keine Berührungängste und wird dem SP-Antrag auf Erheblicherklärung der Motion zustimmen.
- 4.2. Gemäss Boris Banga hat man in seiner Amtszeit eine Sporthalle abgelehnt, eine andere scheiterte vor seiner Zeit. Zu viel unter einen Hut bringen zu wollen, kann auch gefährlich sein und teuer werden.
- 4.3. Christian Hetzel erklärt, dass er und der Rest der FdP-Fraktion der Erheblicherklärung der Motion spontan zustimmen können. Er begrüsst es, wenn Planungen und Diskussionen erfolgen. Würde man das Projekt aber überstützen, fände er dies nicht mehr so gut. Es gibt im Kanton etliche Beispiele von Gemeinden, die Mehrzweckhallen mit dem Finanzausgleich gebaut haben und heute nicht mehr wissen, wie sie diese finanzieren sollen. Es gibt einen Finanzplan, den die FdP sehr ernst nimmt. Man müsste diesbezüglich auch seriöse Abklärungen treffen. Christian Hetzel warnt davor, Hoffnungen zu werfen, dass man nächstes oder übernächstes Jahr bereits alles ins Rollen bringt.

- 4.4. Boris Banga kann dies bestätigen. Es war immer die Meinung, dass man jetzt alles unter einen Hut bringt, beispielsweise gemischtwirtschaftliche Lösungen gesucht werden, man allenfalls das Land beisteuert und dafür besorgt ist, dass vor allem bei den laufenden Kosten keine Probleme entstehen. Dies ist für die Verwaltung auch klar. Man muss die Sache, auch weil man Projekte von Aussenstehenden hat, jetzt anpacken.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

- 5.1. Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD
FV

3.4.5 / acs

**Stadt
Grenchen**



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2010

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Integrationskommission: Genehmigung Pflichtenheft

Vorlage: KZL/10.01.2008

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtschreiber François Scheidegger ausführt, hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 20. März 2007 in Sachen Integrationskommission das "Grobkonzept für einen Neuanfang" beschlossen. Ferner wurde u.a. die neu eingesetzte Integrationskommission "mit der Erarbeitung eines Leitbildes und eines Pflichtenheftes beauftragt, welches dem Gemeinderat zur Genehmigung zu unterbreiten ist" (GRB 3662/20.03.2007).
- 1.2. Anlässlich ihrer ersten Sitzung hat die Integrationskommission ihre künftige Rolle in groben Zügen definiert. Ein dreiköpfiger Ausschuss wurde beauftragt, die dabei erarbeiteten Zielsetzungen in Form eines Leitbildes und eines Pflichtenheftes zu Papier zu bringen.
- 1.3. Die Integrationskommission hat anlässlich ihrer 2. Sitzung vom 5. Dezember 2007 den Entwurf "Pflichten und Kompetenzen der Integrationskommission der Stadt Grenchen" behandelt und zuhanden des Gemeinderates verabschiedet.
- 1.4. Das Pflichtenheft orientiert sich an den Leitlinien des Kantons Solothurn und an einschlägigen Regulativen anderer Gemeinden. Es ist in folgende 7 Abschnitte gegliedert: Zusammensetzung, Ziel, Grundsätze, Aufgaben, Kompetenzen, Organisation und Inkraftsetzung.
- 1.5. Die Zielsetzungen und Grundsätze haben Leitbildcharakter. Dem Gemeinderat wird deshalb beantragt, auf die Verabschiedung eines separaten Leitbildes zu verzichten.
- 1.6. In den beiden Abschnitten "Aufgaben" und "Kompetenzen" wird die künftige Arbeit der Kommission so weit wie möglich konkretisiert.
- 1.7. Die Organisation entspricht dem vom Gemeinderat verabschiedeten Konzept, sie soll möglichst effizient und effektiv sein. Es soll möglich sein, interne Arbeitsausschüsse zu bilden, einzelne Mitglieder mit der Vorbereitung von Geschäften zu beauftragen und Zirkulationsbeschlüsse zu fassen.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1. Auf ein Leitbild für die Integrationskommission wird verzichtet.

4.2. Der Entwurf vom 5. Dezember 2007 "Pflichten und Kompetenzen der Integrationskommission der Stadt Grenchen" wird genehmigt und rückwirkend auf den 5. Dezember 2007 in Kraft gesetzt.

Vollzug: KZL

Beilage: Entwurf vom 5. Dezember 2007 "Pflichten und Kompetenzen der Integrationskommission der Stadt Grenchen"

Integrationskommission

5.8.8 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2012

Pensionskassenkommission: Demission von Paul W. Brotschi, Ersatzwahlvorschlag der CVP (Marcel Hänzi, parteilos)

Vorlage: KZL/20.12.2007

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtschreiber François Scheidegger ausführt, hat Paul W. Brotschi, Dählenstrasse 29, 2540 Grenchen, mit Schreiben vom 6. März 2007 als Mitglied der Pensionskassenkommission demissioniert.
- 1.2. Ersatzwahlvorschlag: Die CVP der Stadt Grenchen nominiert mit Schreiben vom 16. Dezember 2007 als neues Mitglied der Pensionskassenkommission:
Marcel Hänzi, 1948, Grubenweg 5, 2540 Grenchen (parteilos)
- 1.3. Marcel Hänzi erfüllt die gesetzlichen Wahlvoraussetzungen. Der Gemeinderat ist Wahlbehörde gemäss § 34 Abs. 3 lit. b der Gemeindeordnung.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Demission von Paul W. Brotschi als Mitglied der Pensionskassenkommission wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
- 4.2. Marcel Hänzi, 1948, Grubenweg 5, 2540 Grenchen (parteilos), wird für den Rest der Amtsperiode 2005 - 2009 als Mitglied der Pensionskassenkommission gewählt.

Zu eröffnen an: - Paul W. Brotschi, Dählenstrasse 29, 2540 Grenchen
- Alfred Kilchenmann, Präsident Pensionskassenkommission, Moosstrasse 47, Postfach 625, 2540 Grenchen
- Beatrice Corti, Präsidentin CVP, Standweg 18, 2540 Grenchen
- Ortsparteien SP, FdP, SVP

Vollzug: PA, KZL (Eröffnungen), Stadtpräsidium (Vereidigung)

PA
FV
KZL (Behördenverzeichnis)
Oberamt Solothurn-Lebern

0.1.8 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2013

Bezirksschule Grenchen-Bettlach, Anpassung des Vertrages mit der Einwohnergemeinde Bettlach, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Demission von Heinz Müller, Ersatzwahlvorschlag der SVP (Ursula Müller-Spahni)

Vorlage: KZL/16.01.2008

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtschreiber François Scheidegger ausführt, wählte der Gemeinderat mit GRB Nr. 3612 vom 23. Januar 2007 folgende Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Bettlach:
- SP: Petra Schwaller, Ersatz-Gemeinderätin, Kastelsstr. 126, 2540 Grenchen
 - SVP: Heinz Müller, Gemeinderat, Bettlachstrasse 141, 2540 Grenchen
 - CVP: Beatrice Corti, Präsidentin Bezirksschulkommission, Standweg 18, 2540 Grenchen
 - FdP: vakant
- 1.2. Mit Schreiben vom 12. Dezember 2007 hat Heinz Müller als Mitglied der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Bettlach demissioniert.
- 1.3. Ersatzwahlvorschlag: Die SVP der Stadt Grenchen nominiert mit Schreiben vom 12. Dezember 2007 als neues Mitglied der Arbeitsgruppe:
Ursula Müller-Spahni, 1973, Allmendstrasse 79, 2540 Grenchen
- 1.4. Ursula Müller-Spahni wurde mit GRB Nr. 3760 vom 19. Juni 2007 als Mitglied der Bezirksschulkommission (Vertretung Grenchen) gewählt.
- 1.5. Ursula Müller-Spahni erfüllt die gesetzlichen Wahlvoraussetzungen. Der Gemeinderat ist Wahlbehörde gemäss § 34 Abs. 3 lit. b der Gemeindeordnung.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Demission von Heinz Müller als Mitglied der Arbeitsgruppe wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
- 4.2. Ursula Müller-Spahni, 1973, Allmendstrasse 79, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2005 - 2009 als Mitglied der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Bettlach gewählt.

- Zu eröffnen an:
- Heinz Müller, Bettlachstrasse 141, 2540 Grenchen
 - Ursula Müller-Spahni, Allmendstrasse 79, 2540 Grenchen
 - Rolf Glaus, Schulleiter Bezirksschule, Hofweg 24a, 2540 Grenchen
 - Einwohnergemeinde Bettlach, Gemeindepräsidium, Dorfstrasse 38, 2544 Bettlach
 - Barbara Leibundgut, Präsidentin Schulkommission, Hübeli 2, 2544 Bettlach
 - Markus Flury, Schulleiter Oberstufe Bettlach, Kirchgasse 8, 4515 Oberdorf
 - Ortsparteien SP, FdP, SVP, CVP

Vollzug: SV, KZL (Eröffnungen)

Bezirksschulkommission
GLSG
FKSG
SV
FV

2.5.8 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2014

Bezirksschule Grenchen-Bettlach, Anpassung des Vertrages mit der Einwohnergemeinde Bettlach, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Wahlvorschlag der FdP (Reto Gasser)

Vorlage: KZL/21.12.2007

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Wie Stadtschreiber François Scheidegger ausführt, wählte der Gemeinderat mit GRB Nr. 3612 vom 23. Januar 2007 folgende Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Bettlach:

- SP: Petra Schwaller, Ersatz-Gemeinderätin, Kastelsstr. 126, 2540 Grenchen
- SVP: Heinz Müller, Gemeinderat, Bettlachstrasse 141, 2540 Grenchen
- CVP: Beatrice Corti, Präsidentin Bezirksschulkommission, Standweg 18, 2540 Grenchen
- FdP: vakant

1.2. Wahlvorschlag: Die FdP der Stadt Grenchen nominiert als Mitglied der Arbeitsgruppe: Reto Gasser, 1973, Rebgasse 92, 2540 Grenchen

1.3. Reto Gasser wurde mit GRB Nr. 3760 vom 19. Juni 2007 als Mitglied der Bezirksschulkommission (Vertretung Grenchen) gewählt.

1.4. Reto Gasser erfüllt die gesetzlichen Wahlvoraussetzungen. Der Gemeinderat ist Wahlbehörde gemäss § 34 Abs. 3 lit. b der Gemeindeordnung.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Reto Gasser, 1973, Rebgasse 92, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2005 - 2009 als Mitglied der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Bettlach gewählt.

- Zu eröffnen an:
- Reto Gasser, Rebgasse 92, 2540 Grenchen
 - Rolf Glaus, Schulleiter Bezirksschule, Hofweg 24a, 2540 Grenchen
 - Einwohnergemeinde Bettlach, Gemeindepräsidium, Dorfstrasse 38, 2544 Bettlach
 - Barbara Leibundgut, Präsidentin Schulkommission, Hübeli 2, 2544 Bettlach
 - Markus Flury, Schulleiter Oberstufe Bettlach, Kirchgasse 8, 4515 Oberdorf
 - Ortsparteien SP, FdP, SVP, CVP

Vollzug: SV, KZL (Eröffnungen)

Bezirksschulkommission
GLSG
FKSG
SV
FV

2.5.8 / acs

Postulat der SP-Fraktion: Überprüfung von Verträgen im Zusammenhang mit der Nutzung von Liegenschaften und Infrastruktur

1. Mit Datum vom 22. Januar 2008 reicht die SP-Fraktion folgendes Postulat ein (Erstunterzeichnerin: Marianne Rossier):

 1.1. *Postulatstext*
Antrag

Die Stadtverwaltung ist gebeten, so bald als möglich die langjährigen Verträge mit dem Fussballclub Grenchen und dem Fussballclub Wacker zu überprüfen und falls nötig anzupassen und zwar grundsätzlich als auch im Hinblick auf heute geltende Standards bezüglich eines Kontroll- und allfälligen Mitspracherechts der Stadt, insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung durch Dritte.

Begründung:

Die Beantwortung der Interpellation der SP-Fraktion über Vereinsbeiträge hat ergeben, dass insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung und der Unternutzung von Liegenschaften und von Infrastruktur der Stadt durch Vereine oder Dritte Lücken bestehen. Es ist deshalb angebracht, vorerst die langjährigen Verträge mit dem FC Grenchen und dem FC Wacker grundsätzlich zu überprüfen und allfällige Lücken zu schliessen. Es ist dabei anzustreben, dass ein zeitgemässes Controlling und ein Mitspracherecht der Stadt Grenchen, insbesondere bei der Unternutzung durch Dritte, geprüft und die Verträge, wenn nötig, entsprechend angepasst werden.

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD
FV
RD

3.0 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 22. Januar 2008

Beschluss Nr. 2016

Mitteilungen und Verschiedenes

1. **Befristete, nicht versicherte Realloohnerhöhung um 2.5% für die Jahre 2008 und 2009 für das Personal der Stadtverwaltung (ohne Lehrerschaft)**
 - 1.1. Die Personalverbände der Stadt Grenchen (Personalverband Stadt Grenchen, vpod, VSBP) lassen sich in ihrem Schreiben vom 21. Dezember 2007 wie folgt verlauten: *Am 31. Januar dieses Jahres haben die Personalverbände ihr Lohnbegehren an die GRK eingereicht. Das Geschäft wurde gemäss unseren Vorstellungen rasch und fair behandelt. Dabei wurden auch das Vertrauen und die Wertschätzung gegenüber dem Gemeindepersonal erneut bekräftigt. Dies bildet eine gute Basis für die Zusammenarbeit bezüglich der Besoldungsrevision. Für die Unterstützung des Lohnbegehrens möchten wir Ihnen im Namen aller Gemeindeangestellten herzlich danken. Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen für 2008 nur das Beste.*
2. **Interpellation Clivia Wullimann, Fraktion SP: Fussball-EM 2008**
 - 2.1. Stadtschreiber François Scheidegger orientiert über den Stand der Abklärungen